



Wir begrüßen die Teilnehmer
des 14. Ordentlichen Gewerkschaftstages
der IG Metall in München



Durch Reform aus der

Die Zeichen stehen auf Kampf – das wurde schon bei der Eröffnung des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall in der Bayernhalle in München deutlich: Kampf gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rückschritt bei den demokratischen Grundrechten, Kampf für Frieden, für die 35-Stunden-Woche und für die Erhaltung der in der Reformperiode der vergangenen 15 Jahre erworbenen Arbeitnehmer-Rechte. Entsprechend das Motto des Gewerkschaftstages: „Durch Reform aus der Krise, Arbeit für alle, Mitbestimmung und soziale Demokratie“.

Wie gefährdet letztere gerade auch in Betrieben ist, das zeigte auf dem Gewerkschaftstag ganz aktuell der Fall des Betriebsratsvorsitzenden Günter Schwanitz, den das bundeseigene Unternehmen VAW nicht als ordentlichen Delegierten am Gewerkschaftstag teilnehmen lassen wollte (ausführlicher Bericht Seite 28). Hans Mayr, 2. Vorsitzender der IG Metall, nannte in seiner Eröffnungsrede den Vorgang „empörend, skandalös, unglaublich“ und betonte hier schon die Kampfbereitschaft der IG Metall, die mit Mut

zum Risiko alle Probleme angehen werde.

Mut zum Risiko – eine Aussage, die sich durch seine ganze Rede zog. Mayr: „Wir werden zeigen, daß wir uns auch in diesen schwierigen Zeiten nicht einfach anpassen, uns nicht fügen, nicht ducken, nicht kleinlaut und bescheiden beiseite schieben lassen, sondern daß wir fordern, gestalten und zupacken werden.“ Sozialer Konsens, innerer und äußerer Frieden seien gefährdet; die Angriffe auf die Mitbestimmung, der Abbau von Sozialleistungen „und der anhaltende Rüstungswahn“ zählte Mayr als Beweise dafür auf.

1968, beim letzten ordentlichen Gewerkschaftstag in München, sei man am Anfang einer Reformperiode gestanden – „heute geht es um die Verteidigung unserer Rechte“. Das Rad der Geschichte dürfe nicht zurückgedreht werden: „Die IG Metall ist eine kampfbereite Massenorganisation, die die Zukunft mit dem nötigen Mut zum Risiko angeht“, so Mayr unter großem Applaus.

Ebenso wie Mayr, der reaktionären Konzepten eine klare Absage erteilte, geißelte DGB-Vorsitzender Ernst Breit die Politik der Bonner Regierung. Breit sprach unter großem Beifall von einer beispiellosen

Umverteilung von unten nach oben und von großzügigen Steuerergüssen an die Unternehmer: „Was dahintersteht, ist das Prinzip Kasse gegen Hoffnung.“ Vordergründige Hoffnungen, mit denen man nicht die Massenarbeitslosigkeit, sondern nur die sozial- und gesellschaftspolitischen Errungenschaften der letzten 30 Jahre beseitigen könne.

Breit konterte damit die Rede von CDU-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der in seiner Begrüßung



Hans Mayr: Die IG Metall ist eine kampfbereite Organisation

zur großen Erheiterung der 551 Delegierten ein rosiges Bild der Wirtschaftslage zeichnen wollte, wobei Blüm es vorzog, nicht ins Detail zu gehen, sondern eher um sehr allgemeine Feststellungen kreiste: „Im September '83 gab es zum ersten Mal seit drei Jahren wieder weniger Arbeitslose . . . wir sind noch in der Gefahrenzone, aber es gibt Anzeichen dafür, daß der Wind sich zum Besseren gedreht hat . . . wir werden zusammen die Lösung finden . . . deshalb laßt uns zusammensetzen.“ Zum Thema 35-Stunden-Woche: „Ich bin überzeugt, daß an Arbeitszeitverkürzungen kein Weg vorbeiführt“, aber man dürfe dazu „keinen Weg tabuisieren“. Zwischenruf: „Sag das mal den Arbeitgebern.“

Kanzler nicht da

Blüm vertrat mit seinem Grußwort übrigens Bundeskanzler Kohl, welcher bei Politikern und Pyramiden im Nahen Osten weilte und damit die alte Tradition brach, daß der Kanzler bei der Eröffnung von Gewerkschaftstagen anwesend ist.

Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesl, CSU, sah seine Gemeinsamkeit mit der IG Metall in der Bekämpfung der Arbeitslosig-



METALL-Fotos: Klaus Mehner

Krise

keit. Herman Rebhan, Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes, wünschte viel Erfolg beim Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, und Alois Laus, Münchener IG-Metall-Bevollmächtigter, erinnerte in seinem Grußwort an die lange demokratische Tradition Münchens.

Auf Blüms Mahnung, Einheit und Toleranz nicht zu vergessen, ging Walter Hesselbach ein, Vorsitzender des Vorstandes der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG. Einheit und Toleranz, „das wird uns niemand wegnehmen“, so Hesselbach zu Blüm, aber: „Es wird uns auch niemand dazu bringen, auf dem falschen Bein hurra zu schreien.“

Toleranz, innere Demokratie – interessant waren in diesem Zusammenhang auch Hans Mayrs Worte zum 100jährigen Jubiläum der METALL-Zeitung: „Bei allen notwendigen Veränderungen war die Zeitung METALL immer unbequem, nicht nur unseren Gegnern, manchmal auch uns selbst. Diese Tradition des Unbequemseins wird auch in Zukunft mit Sicherheit fortgesetzt. Dies gilt nicht nur für unsere Zeitung. Dies gilt für die gesamte Industriegewerkschaft Metall.“

Da lachte der Gewerkschaftstag:

Holalodererdiho

Am ersten Abend, nach der Gewerkschaftstag-Eröffnung, luden die Münchner Metalller zum bayerischen Abend in den Löwenbräukeller. Da zeigte sich der angeblich so norddeutsch-nüchterne DGB-Chef Ernst Breit von sehr humorvoller Seite: Mit Dirigentenstock, Trachtenhut und viel Schwung dirigierte er das Orchester im Löwenbräukeller nachts um halb neun zu dem Lied „Auf der Reeperbahn nachts um halb eins“. Am Schluß nahm Breit einen großen Schluck aus einem Spezialbierkrug mit zwei Henkeln.

Auf demselben Abend jodelte das blonde Bayernmadel Franz Kinader. In bayerischen Gepflogenheiten nicht ganz so firme Delegierte meinten, eine Abschiedshymne auf Eugen Loderer herauszuhören. Na ja, irgendwie hörte sich der Jodler schon so an: „Holaterüdiloderer-diho...“

Nach seiner Wahl zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall bekam Hans Mayr zwei symbolische Geschenke von Vorstandsfreunden: Eine Glocke mit Gestell – damit der Vorsitzende bei Sitzungen auch schnell genug Gehör findet. Und ein großes Schiffs-Steuerdrehwerk – um die IG Metall gut durch kommende Stürme zu bringen.

Die rührige Putzfrau, die im Foyer der Bayernhalle während des Gewerkschaftstages laufend für Ordnung sorgte, zeigte auf praktische Weise, wie sehr auch sie für die 35-Stunden-Woche ist: Ihre Utensilien waren in Tüten, die an ihrem Putzwagen hingen – IG-Metall-Tüten mit

dem groß aufgedruckten 35-Stunden-Woche-Emblem.

Dienstagabend, Abend der Bezirke. Der Stuttgarter Bezirk traf sich im „Holiday Inn“. Punkt 23 Uhr 33 sank bei den Schwaben allerdings die so gute Stimmung kurz mal in den Wein-Keller: Ihr Lieblingstropfen, der Trollinger, war ausgegangen. Und Schwaben trinken nun mal möglichst nur Viertel aus dem eigenen Land. Da weiß man wenigstens, was man hat.

Donnerstag. Der neue 1. IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr gibt eine Pressekonferenz. Dabei waren rund 40 Journalisten – und ein Vogel. Der hatte sich irgendwie in die Halle verirrt und flog aufgeregt hin und her. Während die Journalisten Mayrs Aussagen mitschrieben, rätselten sie über die Art des herumflatternden Tierchens.

Die offiziellen Journalisten-Telefone waren schon abgestellt, als am Abend ein Redakteur der Augsburger Allgemeinen sein Manuskript fertig hatte. Er fragte im Zimmer der METALL-Redaktion an, ob er hier den Text telefonisch durchgeben könne. Er konnte – und wollte dafür zahlen. Auf das Angebot der Redaktion, das sei kostenlos für ihn, sagte er verlegen: „Ist aber doch ein gewerkschaftsfeindlicher Text.“

Nicht nur Disziplin, auch Engagement kennzeichnete den Gewerkschaftstag. Das zeigte sich auch bei den spannenden Wahlen für die geschäftsführenden Vorstandsmitglie-

der. Es war schon kurz vor ein Uhr, und die Wahlergebnisse ließen immer noch auf sich warten. Da empfahl das Präsidium offiziell, man möge doch erst mal Mittagessen gehen. Sämtliche Delegierte bestanden aber darauf, erst noch die 20 Minuten bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse zu warten; nach dem Motto, erst kommt die Wahl und dann das Essen.

„Das habe ich in siebzehn Jahren Berufspraxis noch nicht erlebt“, staunte fassungslos der Busfahrer, als am Samstagmittag der IG-Metall-Vorstand zwar in seinen Bus vor der Bayernhalle einstieg, aber durchaus nicht wegfahren wollte. Vielmehr hielt der Vorstand in dem Bus schnell seine erste Vorstandssitzung – er beriet nämlich die Vertagung des Gewerkschaftstages.

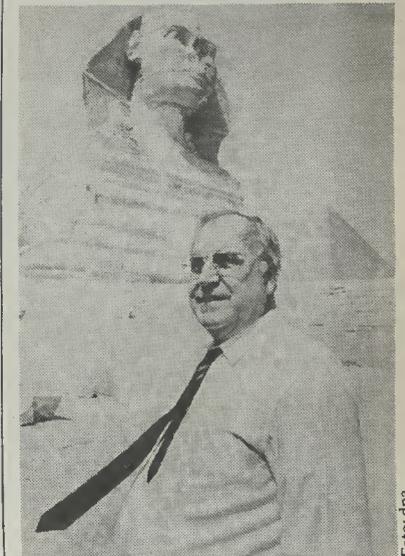


Foto: dpa

Kanzler Kohl auf Dienstreise in Ägypten: Keine Zeit für den Gewerkschaftstag, was sogar die FAZ rügte

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

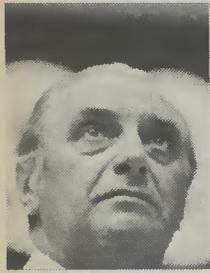
Ohne den Kanzler

Vr. Am Sonntag wird der Kongress der IG Metall eröffnet werden. Jeder Gewerkschaftstag dieser größten Arbeitnehmerorganisation der Welt ist von erheblicher politischer Bedeutung. Dieses Mal dürfte angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Schärfe der innenpolitischen Diskussion über Frieden und Arbeitszeitverkürzung die Stimmung besonders brisant sein. In dieser Situation wäre es geboten gewesen, daß der Chef der Regierung die Einladung der Gewerkschaft annimmt und vor den Delegierten spricht – wenn nicht zur Eröffnung, dann doch an einem späteren Tag. Er hätte damit denen Wind aus den Segeln nehmen können, die ihm vorwerfen, er kümmere sich um die Gewerkschaften nicht. Gewiß sind Auslandsreisen wichtig, und sicher ist der Arbeitsminister, selbst ehemaliger Metallgewerkschaftsmitglied, ein wichtiger Vertreter.



Bayerischer Abend im Löwenbräukeller: Viel Schwung und gute Laune

Eugen Loderer



Vor der Bundestagswahl wurde Opferbereitschaft beschworen und der wirtschaftliche Aufschwung versprochen.

Aufschwung-Illusionen sind zerplatzt, aus Opferbereitschaft wurde einseitiger Opferzwang für Arbeitnehmer. Die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen, aber beschäftigungspolitisches Nichtstun hält an. Fortschrittliche Gesetze im Sozialbereich, Mitbestimmung, Absicherungsverträge, Mitspracherechte der Betriebsräte und unsere Erfolge in der Tarifpolitik werden von Unternehmern und ihren konservativen Freunden angegriffen. Von Lohnkürzungen im bundeseigenen Unternehmen VAW bis zu Massenentlassungen bei ARBED Saarstahl auf Druck der Bundesregierung ist allen Maßnahmen die Mißachtung von Arbeitnehmerinteressen gemeinsam. Wenn die Regierung auf einen Ausgleich der Interessen aller Betroffenen verzichtet, werden wir heiße Zeiten in diesem Land erleben. Unsere Aufgabe ist es, unsere Mitglieder vor nachteiligen politischen Entscheidungen zu schützen. Die Demokratisierung der Wirtschaft bleibt Kern unseres gewerkschaftlichen Kampfes.

Wir haben eine Tradition des Einsatzes für Frieden und Abrüstung und begrüßen das Engagement vor allem junger Menschen für die Sicherung des Friedens. Die Demonstrationen in den Betrieben am 5. Oktober haben den Friedenswillen der Arbeitnehmer eindrucksvoll unterstrichen.

Hans Mayr



Zunehmende Arbeitslosigkeit, Verschärfung der sozialpolitischen Probleme, stagnierende oder sinkende Real-einkommen stellen die Gewerkschaften vor eine neue Situation.

Die von George, Lambsdorff und Albrecht gestellten Forderungen nach Aufkündigung von tariflichen Schutzrechten und dem Abbau sozialpolitischer Errungenschaften sind nur die Spitze einer noch viel schlimmeren Denkwelt. Für diese Kräfte steht unsere soziale Ordnung zur Diskussion. Wir müssen Gegenkräfte mobilisieren.

METALL, vor 100 Jahren als „Deutsche Metall-Arbeiter-Zei-

tung“ gegründet, war Wegbereiter des 1891 gegründeten Deutschen Metallarbeiterverbandes. Sie hat ohne Rücksicht auf Arbeitgeberverbände, jeweilige Regierungen und Parteien politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufgezeigt. Besonders auf den lokalen Seiten wird der Alltag in den Betrieben ungeschminkt gezeigt.

Anspruch des „Gewerkschafter“ ist es, Informationen zu einem jeweiligen Schwerpunktthema handlich zusammengefaßt an die Funktionäre zu liefern, die in tausendfacher Überzeugungsarbeit dazu beitragen, unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten.

In unserer Organisation sind zur Zeit 2530 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt, davon 820 politische Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter. Ihre Zahl kann bei sinkender Mitgliederzahl nicht steigen, ihre Aus- und Weiterbildung muß verstärkt werden.

Norbert Fischer



Der erhebliche Abbau von Arbeitsplätzen, fehlende Neueinstellungen, vorzeitige Pensionierung von Arbeitnehmern und eine unzureichende Zahl von Lehrstellen sind Ursachen für die Abnahme unserer Mitgliederzahlen. Trotz dieser Bedingungen müssen wir die Entwicklung wieder umkehren und stärker als bisher neue Mitglieder gewinnen.

Die Beitragsentwicklung ist erfreulich. Mit einem Durchschnittsvollbeitrag von 22,86 Mark hat sich der Beitrag seit dem letzten Gewerkschaftstag um 5,28 Mark erhöht. Wir haben mit diesen Beiträgen sparsam gewirtschaftet. Zu keiner Zeit haben wir den Auftrag unserer Mitglieder, hohe Rücklagen zu bilden, so gut erfüllen können wie in den letzten drei Jahren: jährlich 25 Prozent der Beiträge. Das sind über 400 Millionen Mark. Aber jeder muß auch wissen, daß ein Streik heute höhere Unterstützungsleistungen erfordert als noch Mitte der siebziger Jahre.

Auch die Ortskassen sind finanziell solide ausgestattet. Das bedeutet auch, daß in den Verwaltungsstellen nicht gleich nach der Kasse des Vorstandes gerufen werden soll, wenn es um die Finanzierung gewerkschaftlicher Aktivitäten geht. Die Datenverarbeitung ist weiterentwickelt worden. Anstelle von viel bedrucktem Papier sind wir zur Nutzung von Mikrofilmen übergegangen. Weitere Neuerungen werden gründlich vorbereitet und nur als ausgereifte Systeme angeboten.

Die Datenverarbeitung ist weiterentwickelt worden. Anstelle von viel bedrucktem Papier sind wir zur Nutzung von Mikrofilmen übergegangen. Weitere Neuerungen werden gründlich vorbereitet und nur als ausgereifte Systeme angeboten.

Die Datenverarbeitung ist weiterentwickelt worden. Anstelle von viel bedrucktem Papier sind wir zur Nutzung von Mikrofilmen übergegangen. Weitere Neuerungen werden gründlich vorbereitet und nur als ausgereifte Systeme angeboten.

Georg Benz



Der täglich notwendige Streit um die Ausgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes ist auf den sozial verschwommenen Charakter des Gesetzes zurückzuführen. In der schärfer wendenden Auseinandersetzung um betriebliche Probleme hilft die verblasene Idee der Sozialpartnerschaft nicht weiter.

Die Demontage der Jugendvertretungen haben wir abgewehrt, aber wir müssen sie zu Jugend- und Ausbildungsververtretungen weiterentwickeln. Der teilweisen Unterstützung reaktionärer Unternehmerpolitik durch Arbeitsgerichte und auch des Bundesarbeitsgerichts müssen wir entschlossen entgegen-treten. Weichen Betriebsräte hier auch nur einen Schritt zurück, haben die Unternehmer bereits zwei Schritte gewonnen.

Bei den Betriebsratswahlen 1981 haben wir mit über 83 Prozent der Mandate, bei den Jugendvertreterwahlen mehr als 90 Prozent und bei den Aufsichtsratswahlen nach dem Mitbestimmungsgesetz '76 fast 93 Prozent der Mandate große Erfolge errungen.

Die IG-Metall-Jugend hat auf Grundlage unseres Sofortprogramms und zusammen mit den Betriebsräten zusätzliche Ausbildungsplätze in den Betrieben durchgesetzt. Sie gibt auch den Kampf um eine Übernahme in den erlernten Berufen nicht auf. Die Jugend hat wesentlichen Anteil daran, daß der DGB zu den Mahnminuten im Betrieb und zur Teilnahme an den Friedenskundgebungen am 22. Oktober aufgerufen hat und Solidaritätsaktionen mit Nicaragua weitergeführt werden.

Die IG-Metall-Jugend hat auf Grundlage unseres Sofortprogramms und zusammen mit den Betriebsräten zusätzliche Ausbildungsplätze in den Betrieben durchgesetzt. Sie gibt auch den Kampf um eine Übernahme in den erlernten Berufen nicht auf. Die Jugend hat wesentlichen Anteil daran, daß der DGB zu den Mahnminuten im Betrieb und zur Teilnahme an den Friedenskundgebungen am 22. Oktober aufgerufen hat und Solidaritätsaktionen mit Nicaragua weitergeführt werden.

Rudolf Judith



In der Strukturkrise der Eisen- und Stahlindustrie sind die Grenzen der Montanmitbestimmung deutlich erkennbar geworden. Diese Industrie hat als erste die mit dem Regierungswechsel in Bonn angekündigte politische Wende zu spüren bekommen. Am Beispiel ARBED Saarstahl hat die Bundesregierung gezeigt, wozu sie bereit ist, um gegen die Arbeitnehmer zu Felde zu ziehen. Sie hat bewußt und ohne Skrupel die offene Konfrontation mit den Gewerk-

schaften gesucht. Unter ihrem Druck mußte unser Bollwerk gegen Unternehmerwillkür, der Tarifvertrag, geändert werden. Hier haben Bundes- und Landesregierung erstmals einseitig in die Auseinandersetzungen der Tarifparteien zu Lasten der Beschäftigten eingegriffen.

Die in Aussicht gestellten Hilfen für die Stahlindustrie leisten ohne arbeitsmarktpolitische Auflagen keinen Beitrag zu einer sinnvollen Umstrukturierung. Grundlage jeder Neuordnung muß die Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren und der Standorte sein. Bei erkennbaren Arbeitsplatzverlusten müssen in erreichbarer Nähe Ersatzarbeitsplätze aufgebaut werden.

Die vielen Aktionen der Stahlarbeitnehmer haben die Bundesregierung noch nicht zu einer Änderung ihrer Politik bewegt. Deswegen haben wir zu der Großdemonstration nach Bonn aufgerufen, mit der über 130000 Beschäftigte der Eisen- und Stahlindustrie und der Werften gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung demonstriert haben.

Die vielen Aktionen der Stahlarbeitnehmer haben die Bundesregierung noch nicht zu einer Änderung ihrer Politik bewegt. Deswegen haben wir zu der Großdemonstration nach Bonn aufgerufen, mit der über 130000 Beschäftigte der Eisen- und Stahlindustrie und der Werften gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung demonstriert haben.

Hans Preiss



Das Krisenprogramm der Konservativen zielt auf Angst und Unsicherheit, verkündet höhere Werte, fordert Opferbereitschaft und er setzt soziale

Sicherung durch Nächstenliebe. Der Angriff der Konservativen richtet sich auf alle Bereiche der Politik, die demokratische Entwicklung fördern und eine menschliche Gesellschaft schaffen wollen. Eliten sind wieder gefragt. Kultur für wenige. Für die Masse Privatfernsehen zur Verkabelung der Hirne und die „Bild-Zeitung“ als Lesebuch der Nation.

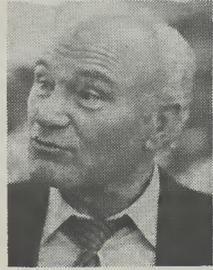
Vor diesem Hintergrund werden Anforderungen an unsere Bildungsarbeit gestellt, die sie allein nicht erfüllen kann. Sie muß aber alles tun, damit gewerkschaftliches Bewußtsein nicht zu politischer Bewußtlosigkeit verkommt. Ein Beweis für die immer engere Verzahnung unserer Arbeit mit der Alltagsarbeit vor Ort ist, daß heute zwei Drittel aller Wochenseminare regional durchgeführt werden.

Wo niemand gebildet worden ist, ist Weiterbildung ein Widerspruch in sich. Es ist Zeit, beim Bildungsurlaub einen mutigen Schritt nach vorn zu machen. Bildungsurlaub ist ein unabdingbarer Anspruch der abhängigen Beschäftigten.

200000 junge Menschen haben keine Ausbildungschance und zahlreiche Ausgebildete werden nicht übernommen. Weiterbeschäftigung

hängt letztlich von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ab. Wir müssen den Kampf gegen Nichtübernahme mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche verbinden.

Karl-Heinz Janzen



Die neue Koalition wütet in den Leistungsgesetzen der sozialen Sicherung herum. Ich habe Sorge, daß das alles lediglich noch zum Testlauf zählt

und das Startsignal zum Großangriff auf den Sozialstaat erst noch gegeben wird. Wir sollten uns auf schwerste Auseinandersetzungen vorbereiten, damit wir den Staat, den wir in vorderster Linie mit aufgebaut haben, auch in absehbarer Zeit noch wiedererkennen.

Es gibt eine Fülle von Problemen, die nicht einzelnen Politikern oder Parteien angelastet werden können. So zum Beispiel in der Alters- und Gesundheitssicherung. Die Entscheidung 15 des Düsseldorfer Gewerkschaftstages hat genau den Weg markiert, der jetzt konsequent verfolgt werden mußte.

Auch die rechtspolitische Entwicklung ist durch Stagnation und Rückschritt gekennzeichnet. Die Reform der Arbeitszeitordnung ist von der Tagesordnung verschwunden. Dafür sollen befristete Arbeitsverträge ohne Kündigungsschutz verlängert werden können, Leiharbeit ausgedehnt, Datenschutz ohne Sicherheitsbestimmungen für das Arbeitsverhältnis eingerichtet und mit maschinenlesbaren Personalausweisen eine Superkontrolle eingeführt werden.

Ein Roboter vernichtet vier Arbeitsplätze, schafft aber nur 0,8 neue. Die Formel „wir sind keine Maschinenstürmer“ nützt wenig, wenn die Rationalisierungswelle die Masse der Betriebe erfaßt. Es wird Zeit, daß wir in Rationalisierungsfragen eine neue, härtere Gangart einschlagen.

Lutz Dieckerhoff



Heute sind mehr als 756000 Angestellte arbeitslos. Arbeitsplätze sind ersatzlos wegrationalisiert worden und die Arbeitsbedingungen

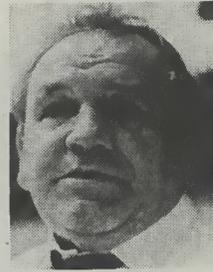
noch beschäftigte Angestellte haben sich so verschlechtert, daß Unsicherheit über den Erhalt des Arbeitsplat-

zes, Einkommensverluste, Gesundheitsschäden und Frühinvalidität zunehmen. Unsere Erfahrungen belegen, daß Rationalisierung und technischer Wandel den Angestellten nicht die vielversprochene Erleichterung der Arbeit gebracht haben.

Die tiefgreifenden Wandlungen der Arbeitsstrukturen treffen gewerbliche und angestellte Arbeitnehmer gleichermaßen. Deswegen müssen wir als Arbeitnehmer auch gemeinsam handeln. Mit jedem neuen EDV-System, mit jeder weiteren Vernetzung von Systemen gehen Arbeitsplätze verloren. Wenn Routinetätigkeiten bald wegrationalisiert sind, geht es auch den höherqualifizierten Arbeitnehmern „an den Kragen“.

Es gibt keine Gründe, uns im Angestelltenbereich mit einem Organisationsgrad von rund 25 Prozent abzufinden. Den Vertrauensleuten fällt eine entscheidende Rolle zu. Im Angestelltenbereich haben wir nur ein völlig unzureichendes Vertrauensleutenetz. Das müssen wir ändern. Zuzuschauen, wie andere die Kastanien aus dem Feuer holen, ist höchst unsolidarisch. Wir müssen gemeinsam entschlossene Gegenwehr gegen den Abbau und das Unterlaufen unserer Rechte leisten.

Ferdinand Koob



Die Zahl der Beschäftigten im Handwerk nimmt ab, die Zahl der Organisierten hat zugenommen. Das ist ein herausragendes Zeichen für

die zielstrebige Arbeit der Verwaltungen. Unseren 105 682 Mitgliedern stehen aber noch rund 900 000 Arbeitnehmer gegenüber, die nicht organisiert sind. Sie müssen wir für die IG Metall gewinnen.

In der Tarifbewegung 1982 haben die Beschäftigten im Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen drei Monate lang eine beispielhafte Tarifausschließung geführt. Danach kämpften die Kolleginnen und Kollegen mit weiteren Warnstreiks erfolgreich für eine Maßregelungsklausel. Das ist nur ein Beispiel für die Aktivitäten im Handwerksbereich.

Der Druck auf die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien hat in den letzten Monaten besonders zugenommen. Führenden Politikern und Unternehmern ist es gelungen, aufbauend auf den Existenzängsten der Massen, die Schuld für Arbeitslosigkeit und Krisenstimmung dem „Sündenbock“ Ausländer zuzuschreiben, um die eigentlichen Ursachen der Krise zu verschleiern. Aus Feindseligkeit wird Haß. Haß und



Fernsehen stets dabei: Jeden Tag Öffentlichkeit hergestellt

Nationalismus können Wegbereiter faschistischer Entwicklungen sein. Schwächung der Arbeiterbewegung ist Folge solcher Prozesse. Was an den ausländischen Arbeitnehmern an erniedrigenden Experimenten gemacht wird, ist nur die Erprobungsphase für einen generellen Angriff auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung.

Ursula Ibler



Die Zahl unserer Mitglieder hat abgenommen, aber es gibt keine Mitgliederflucht. Die Angst um den Arbeitsplatz gefährdet gewerkschaftliche

Solidarität. Die persönliche Erfahrung existenzieller Unsicherheit führt nicht automatisch zur Entwicklung eines gewerkschaftlichen Bewußtseins.

Die Werbeabteilung hat für die Mitgliederwerbung seit dem letzten Berichtszeitraum Werbedrucksachen in einer Auflage von 100 Millionen Exemplaren herausgegeben. Da diese Mittel aufgrund des gemeldeten Bedarfs hergestellt werden, sagt das etwas über den Werbefleiß der betrieblichen Funktionäre. Vom Werbematerial für die 35-Stunden-

Woche wurden innerhalb dreier Monate über zehn Millionen Stück bestellt.

Das gewerkschaftliche Engagement der Frauen ist erheblich gewachsen. Die Kolleginnen erhöhten ihren Anteil bei den Jugendvertreter-, Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen und auf diesem Gewerkschaftstag. Für andere gewerkschaftliche Entscheidungsgremien und hauptamtliche Funktionen trifft das leider noch nicht zu.

Mit Zivilcourage erzwingen Frauen ihren Tarifanspruch im Betrieb, treten sie für die 35-Stunden-Woche ein und haben in Bonn ihren Protest gegen die Politik der Bundesregierung artikuliert. Sie erkennen, daß Ausweitung von Teilzeitarbeit oder Heimarbeit keine Lösungen für sie sind. Nur in der Arbeitszeitverkürzung für alle sehen sie eine Chance, daß ein viel zu langer Arbeitstag mit seiner Doppelbelastung für Frauen und Männer verringert wird.

Hans Janßen



Mit den Tarifabschlüssen der letzten drei Jahre konnten wir die Löhne und Gehälter nur noch verteidigen und dabei nicht einmal den Preisstei-

gerungsausgleich voll erreichen. Es wäre gefährlich, uns selbst etwas vorzumachen. Nur ungeschminkte Analyse hilft uns, richtig zu handeln.

Die Gesamtmetall-Funktionäre wollen den Schutz der kollektiven Tarifverträge zerschlagen. Öffnungsklauseln, „Anpassung der Tarifverträge an die Arbeitsmarktlage“ und „Tarifabschläge für Gebiete mit besonders hoher Arbeitslosigkeit“ sind die Stichworte. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff hat den Arbeitgeberern mit seiner Erpressungspolitik bei ARBED Saarstahl die Linie vorgezeichnet.

Die „Neue Beweglichkeit“ und der Ausbau der tarifpolitischen Willensbildung hat uns weitergebracht, die Kampfkraft gestärkt. „Neue Beweglichkeit“ ist aber keine Wunderwaffe; sie verlangt ein hohes Maß an Einsatz- und Opferbereitschaft.

Die 35-Stunden-Woche ist der Kernpunkt einer Politik demokratischer und sozialer Krisenbewältigung. Mit dem Kampf dafür stehen wir vor der schwersten tarifpolitischen Auseinandersetzung in der Nachkriegsgeschichte. Wenn Kirchner von Gesamtmetall im Zusammenhang mit unserem Kampf dafür von einem übergesetzlichen Notstand spricht, zeigt uns das, daß Widerstand gegen autoritäre Krisenbewältigung für die IG Metall demokratische Pflicht ist.

Gestern und morgen: Kampf gegen die Krise

Einen ganzen Tag lang legten die Delegierten des Gewerkschaftstages die kritische Sonde an das in den letzten drei Jahren Geleistete an. Die Aussprache zu den Geschäftsberichten des Vorstandes schärfte zugleich den Blick auf die vor uns liegenden Aufgaben. In der Rückschau auf gestern und der Vorschau auf morgen standen der offensive Kampf gegen die Krise und das Ringen um Frieden im Mittelpunkt. Die hier – notgedrungen – nur sehr kurzen Auszüge aus der engagierten Diskussion können und sollen nicht die ausführlichen Berichte der Delegierten in den Vertreterversammlungen und Betrieben ersetzen.

Spiros Papadopoulos, Mannheim: Viele ausländische Kollegen haben bei der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim engagiert im Wahlkampf mitgemacht. Am Tag der Entscheidung konnten sie nicht mitentscheiden. Mir selbst kamen die Tränen, als ich vor dem Wahllokal stand. Meine Frau durfte wählen – sie ist Deutsche. Ich nicht – ich bin ja nur ein Ausländer.

Zur Aktion Aufenthaltsberechtigung: Unser Sekretär steht im Kontakt mit den Behörden. Bis heute ist kein Antrag auf Aufenthaltsbewilligung abgelehnt worden. Die ausländischen Kollegen wissen, daß dahinter die IG Metall steht. Aber auch die Behörden wissen, daß sie mit der IG Metall zu tun haben.

Ludwig Jost, Aachen: Ich bin auch der Auffassung, daß wir uns nicht zum Anhängsel der Friedensbewegung machen dürfen, sondern daß wir, als älteste Friedensbewegung in dieser Republik, die Führung in diesem Kampf zu übernehmen haben und gar nichts anderes.

Horst-Günter Spahn, Duisburg: Die Forderung der Stahl-Vertrauenskörper nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie ist die folgerichtige Antwort auf die unmenschlichen Verhaltensweisen der Arbeitgeber. Ich halte es für unbedingt wichtig, daß das Gegeneinanderarbeiten von Stahl-Buden, daß die eine gegen die andere ausgespielt wird, aufhören muß. Ich habe die Hoffnung, daß der 29. September (Großdemonstration der Stahl- und Werftarbeiter in Bonn) nicht nur ein Erledigungsvermerk für diesen Gewerkschaftstag war und wir danach über die Probleme der Stahlindustrie nicht mehr reden. Wenn wir uns nicht bewegen, dann werden wir

bald keine Arbeitsplätze in der Stahlindustrie mehr haben.

Margot Krey, Hannover: Wir Frauen wollen nicht die stille Reserve am Arbeitsplatz sein, die man je nach Konjunktur heuern und feuern kann. Arbeit für alle, das heißt für uns Gewerkschafter auf keinen Fall, daß wir als die verschiedenen Arbeitnehmergruppen am Arbeitsmarkt gegeneinander in Konkurrenz treten wollen. Wir wollen uns nicht spalten lassen in Männer und Frauen, in Deutsche und Ausländer, in Arbeiter und Angestellte, in Alte und Junge, in Gesunde und Kranke.

Gert Bauer, Stuttgart: Selbstverständlich wissen wir auch, daß es für eine so große Organisation wie die IG Metall schwierig ist, sich gänzlich umzuorientieren von einer Periode der Verhandlungen in Konjunkturzeiten auf eine Periode der Kämpfe in Krisenzeiten. Dieser Prozeß ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir müssen eine politische Auseinandersetzung (um die 35-Stunden-Woche) führen und keine herkömmliche. Was passiert, wenn

möglicherweise nach dem Beginn eines Schwerpunktstreiks es zu einer bundesweiten Flächenaussperrung kommt? Wäre es nicht angebracht, daß die Kolleginnen und Kollegen eben nicht aus den Betrieben gehen, sich nicht aussperren lassen, sondern in den Betrieben bleiben, ja sogar die Betriebe besetzen?

Theo Beez, Offenbach: Es reicht nicht zu sagen, daß wir schon immer für den Frieden sind. Wir müssen vielmehr sagen, was wir für den Frieden tun wollen. Wir müssen an der Spitze stehen. Und es sollte uns nicht stören, wenn noch andere mitmarschieren, denn wir müssen die Richtung bestimmen. Und genau das haben wir versäumt.

Heinz Milcher, Aachen: Ich hoffe, daß von diesem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag ein zündender Funke auf die Mitglieder und Kollegen in den Verwaltungsstellen überspringt und daß sie eine Gewerkschaft vorfinden, die bis zum letzten entschlossen ist und nicht schon bei den ersten Verhandlungen Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Es geht in dieser Tarifrunde um sehr viel, um nicht zu sagen: um alles. Wenn wir uns mit unserer Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche nicht durchsetzen können, dann werden wir um Jahre zurückgeworfen.

Reinhard Bulitz, Duisburg: Der Bundesregierung geht es nicht vorrangig um die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Vorrang hat für sie meines Erachtens die Umverteilung zugunsten der Begüterten und zu Lasten der Arbeitnehmer. Sie täte jedoch gut daran, die Arbeitnehmer nicht weiter zu provozieren. Die Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie sind nicht bereit, ruhig zuzusehen, wie ihre Arbeitsplätze der Vernichtung preisgegeben werden.

Klaus Hörter, Gummersbach: Überall in den Landkreisen, wo in den Wachstumsjahren Großkonzern Klein- und Mittelbetriebe in den Griff bekommen haben, verlieren Menschen ihre Arbeit. Hinter all den großen Problemen der Stahlindustrie und der Werften verbirgt sich diese Tragödie vieler Tausender Kleinbetriebe. Da wird mit einem Federstrich in der Chefetage eine ganze Gemeinde oder eine ganze Region in den Ruin getrieben.

Uwe Schmidt, Emden: Wir müssen deutlich machen, daß die Werftindustrie genau wie die Stahlindustrie eine sehr politische Industrie ist, daß heißt, sie wird weltweit sub-



55 Delegierte ergriffen das Wort zu den Geschäftsberichten des Vorstands

Fotos: Jan Keetmann

ventioniert. Ohne Subventionen ist die deutsche Werftindustrie am Ende. Den deutschen Steuerzahler wird es 1,2 Milliarden Mark kosten im Jahre 1984, daß die Kühe zu viel Milch geben, so daß diese Milch zu Magermilchpulver umgearbeitet wird, und diese Kühe nachher ihr eigenes Produkt auch noch fressen und saufen können. Man muß sich die Frage stellen, ob dieser Bundesregierung das Schicksal dieser Rindvieher wichtiger ist als das Schicksal der Stahl- und Werftarbeiter.

Marion Piffko, Essen: Frauen haben noch immer die monotonsten und schlechtesten Arbeitsbedingungen. Deshalb ist die 35-Stunden-Woche bei einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit besonders für Frauen wichtig. Eine Stunde weniger pro Tag heißt eine Stunde weniger Streß, Hektik und Plage. Das bedeutet aber auch eine Stunde mehr Lebensqualität. Genauso dringend brauchen wir eine Strategie gegen weitere Rationalisierung. Wir müssen uns offensiv dagegen wehren, daß durch neue Technologien weitere Arbeitsplätze vernichtet werden und die Arbeitsbedingungen sich immer mehr verschlechtern.

Gerhard Mogwitz, Hannover: Nach neuen Produkten und damit nach neuen Arbeitsplätzen sucht man in den Investitionsprogrammen der Unternehmen vergeblich. Wir müssen in Zukunft deutlicher machen, daß die Formel, wir seien als Gewerkschafter keine Maschinenstürmer, nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann, wenn sich die Unternehmer nicht endlich an ihre Pflicht erinnern, als Unternehmer etwas zu unternehmen, nämlich neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ergun Akar, Kassel: Bei den vergangenen Auseinandersetzungen haben die ausländischen Kolleginnen und Kollegen an vorderster Front mit Euch gekämpft. Minister Zimmermann will das Demonstrationsrecht rigoros verschärfen. Viele ausländische Kolleginnen und Kollegen werden dann Angst vor möglicher Ausweisung haben, wenn sie sich an solchen Aktionen beteiligen. Diese Angst kann nur durch Eure Solidarität und Unterstützung überwunden werden.

Angelika Schacht, Duisburg: Ich habe mit Freude gehört, daß der Frauenanteil am Gewerkschaftstag gestiegen ist. Trotzdem: Ein bißchen mehr Weiblichkeit zwischen den vielen netten Männern würde das Gesamtbild auch nicht stören. Ich möchte einen Spruch zitieren, der hörens- und bedenkenswert ist: „Frauen, seid lieber schön als klug, Männer können besser sehen als denken.“ Ich meine aber, er sollte nicht unser Wahlspruch sein.

Peter Toussaint, Mannheim: Für die 35-Stunden-Woche brauchen wir eine in sich schlüssige und klare Konzeption. Wir sollten sagen, daß wir Leistungsverdichtung ver-

hindern wollen. Wir sollten sagen, daß wir Mehrarbeit sehr drastisch und sehr eng begrenzen wollen. Wir sollten sagen, daß drei Milliarden Überstunden im letzten Jahr rein rechnerisch 1,2 Millionen Arbeitsplätze gekostet haben. Wir sollten sagen, daß diese Mehrarbeit durch Freizeit auszugleichen ist, weil dies der Forderung nach Humanisierung und der Forderung nach Beschäftigung noch mehr Nachdruck verleiht.

Werner Tabellion, Völklingen: In einer neuen Konzeptvorlage (der Bundesregierung) wird von den Arbeitnehmern der ARBED Saarstahl sogar verlangt, auf acht bis zehn Prozent ihrer monatlichen Löhne und Gehälter auf die Dauer von drei Jahren zu verzichten. Der Arbeitsminister, Kollege Blüm, wußte auch von diesen erpresserischen Auflagen. Aus diesem Grunde war seine Aussage vor diesem Gewerkschaftstag, daß die Tarifautonomie gewahrt bleiben müsse, eine Lüge. Wenn dieser Kampf im Saarland verlorengeht, sind die Auswirkungen und Folgen auf alle Arbeitnehmer in diesem Lande nicht mehr aufzuhalten.

„Ich hoffe, daß von diesem Gewerkschaftstag ein zündender Funke auf die Mitglieder überspringt.“

Wolfgang Leuendorf, Braunschweig: Die Arbeitgeber haben in den letzten Monaten und Jahren die Handwerksbereiche zum Übungsfeld reaktionärer Tarifpolitik gemacht. Was Lambsdorff, Haimo George und der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht noch als Denkanstöße bezeichnen, nämlich Lohnsenkung im großen Stil und Beseitigung von angeblich starren Vorschriften in den Tarifverträgen, das wird im Handwerk schon praktiziert.

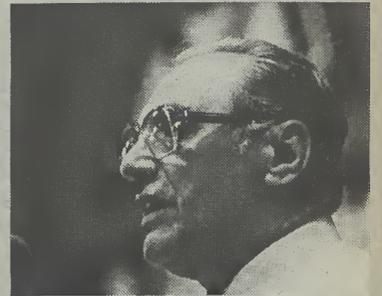
Bernd Grottko, Bremen: Es sind zwei Dinge, die wir in der Vergangenheit als Gewerkschafter nicht geschafft haben. Das eine ist die Mitbestimmung und das andere ist das Verbot der Aussperrung. Dies wird uns jetzt zu schaffen machen.

Franz Bauer, Bayreuth: Was zeigt sich am Beispiel Grundig? Trotz einer Reihe von Aktionen gab es zum richtigen Zeitpunkt keine gemeinsamen Beratungen der Vertrauensleute und Betriebsräte aller Grundig-Werke. Es ist schwer, die Solidarität in Werken herzustellen, die nicht direkt betroffen sind. Das müssen wir fertigbringen. Es gab auch kein gemeinsames Konzept der Verwaltungsstellen. Auch kein Gesamtkonzept beim Vorstand unserer Gewerkschaft. Ähnlich verhielt es sich auch bei der AEG.

Schlußwort Eugen Loderers zur Aussprache

Kritischer Dialog

Die 55 Diskussionsbeiträge zu den Geschäftsberichten sind ein großartiger Beweis für das lebendige Gespräch innerhalb unserer Gewerkschaft. Ein kritischer Dialog ist in einer demokratischen Organisation stets notwendig. Es ist geradezu die Pflicht der Delegierten, dem von ihnen gewählten Vorstand kritisch den Spiegel vorzuhalten. Und es ist die Pflicht des Vorstandes, diese Kritik ernsthaft aufzunehmen.



Eugen Loderer: „Ich habe keine Berührungängste“

Von Meinungsverschiedenheiten zu Mehrheitsbeschlüssen zu kommen, das ist praktizierte gewerkschaftliche Demokratie. Diese Beschlüsse müssen dann aber auch praktiziert werden. Sie gelten selbstverständlich für alle.

Zur Friedensbewegung: In dieser Frage haben wir überhaupt keinen Anlaß, unser Licht unter den Scheffel zu stellen. Es gab, ich sage das insbesondere den jüngeren Kollegen, die vom Alter her in den 50er und 60er Jahren noch nicht aktiv sein konnten, ein unglaubliches Engagement des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Organisationen sowie der SPD zu folgenden Themen: Kampf dem Atomtod, Kampf gegen die Wiederbewaffnung, Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und Kampf gegen die Notstandsgesetze. Es gab keinen einzigen Gewerkschaftstag und keinen Bundeskongreß, auf dem Fragen der Rüstung und des Friedens nur eine untergeordnete Rolle gespielt hätten.

Ich habe bei niemandem Berührungängste.

Ich marschiere mit denen nicht unter einem Friedenstransparent, die in diesem Lande dank unserer demokratischen Verhältnisse für Frieden und Abrüstung demonstrieren dürfen, während in den Mutterländern der Politik, die sie vertreten, Gleiches oder Ähnliches nicht möglich, ja verboten ist.

Zum Kampfmittel der Betriebsbesetzungen: Dieses Mittel ist in der internationalen Geschichte gar nicht so neu. Solche Betriebsbesetzungen gab es 1920 in Italien, vor allen Dingen in Turin, um die dortigen Betriebe in eigene Regie zu nehmen. Das Ganze ist kläglich gescheitert. In Frankreich gab es sie 1936 nach dem Wahlsieg der Volksfront seinerzeit. Die Folge war eine hervorragende Sozialgesetzgebung für Frankreich. Damals haben zwei Millionen Menschen die Betriebe besetzt. Dort

wurde gegen den unternehmerischen Absolutismus gekämpft. Betriebsbesetzungen gab es auch 1936/37 in den Vereinigten Staaten, und zwar durch die Automobilarbeiter. Der Ausstand und die Besetzung dauerte 44 Tage, wobei unglaubliche Polizei- und Milizkämpfe stattgefunden haben. Eine weitere Aktion gab es 1968 (Frankreich).

Es ist zweifellos so, daß die deutschen Gewerkschaften mit ihrer gegenwärtigen organisatorischen und gesellschaftspolitischen Stärke bei einer realen Anwendung des Kampfmittels Betriebsbesetzung unausweichlich und binnen kürzester Frist vor die Frage gestellt werden: Was dann? Wie geht das weiter? Wie geht das zu Ende? Darüber muß sich diese Organisation im klaren sein, und ich bitte, das in all Eure künftigen Überlegungen einzubeziehen.

Kollege Breit hat zu Recht gesagt: Solange es uns nicht gelingt, den Gedanken der Mitbestimmung in der Mitgliedschaft stärker publik zu machen, und zwar nicht nur in der Stahlindustrie, so lange hat es gar keinen Sinn, an den Gesetzgeber heranzugehen. Wenn die nicht merken, daß es da unten Druck gibt, können wir noch so viele Broschüren erstellen und Rundschreiben herausbringen, dann hat das Ganze keinen Sinn.

Wir wollen keinen Staat, der aus einem antiquierten Sicherheitsdenken heraus die Freiheitsrechte des einzelnen immer stärker beschneidet und die Kontrolle über die Bürger perfektionieren will. Wir wollen keinen Staat, der statt Entspannung und internationalem Ausgleich eine Politik der Stärke unterstützt. Und wir wollen schon gar keinen Staat, der das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes übersieht oder wegschiebt oder vergißt. Wir wollen einen Staat mit einer sozialen und sichtbaren beschäftigungspolitischen Verantwortung.

14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall: METALL-Fest und Ausstellung

Der Kongreß tanzte nicht – aber er feierte, und zwar gebührend: Über 2000 IG-Metall-Mitglieder und -Freunde kamen am Mittwochabend zur „Halbzeit“ des Gewerkschaftstages in den großen Saal des Deutschen Museums, um den 100. Geburtstag von METALL zu feiern. Auf dem Gewerkschaftstag selbst hatte zuvor der scheidende 1. Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, die Bedeutung der METALL-Zeitung hervorgehoben.

Keine Feier ohne Mayr: Der am Morgen des 12. Oktober gewählte neue 1. Vorsitzende eröffnete mit launigen Worten den großen Geburtstagsabend von METALL. Da meinte Mayr, der als 2. IG-Metall-Vorsitzender auch verantwortlich für die Zeitung war, er habe mal als Altenpfleger, mal als Vormund mit METALL viel zu tun gehabt, eine Zeitung, die manchmal laut, oft frech und gar dreist sei „und die gelegentlich auch keine Freunde und Genossen mehr kennt“, so Hans Mayrs Charakterisierung.

Frech, manchmal gar dreist . . . Eugen Loderer hatte Stunden vorher bei seiner Rede zum Hundertsten von METALL deutlich gesagt, warum die Zeitung der IG Metall so ist und so bleiben muß. Loderer betonte den Zusammenhang vom Kampf um die Freiheit des Menschen und dem Kampf um die Freiheit der Presse. Und der Kampf um die Freiheit des Menschen „ist eines der ältesten Motive unserer Bewegung“.

Sei es früher direkt um die Aufhebung von Pressezensur gegangen, so sei heute mit der politischen Pressefreiheit nicht automatisch die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zwängen gewährleistet. Loderer: „Eigentümer von Presseergebnissen, Anzeigenkunden, staatliche Informationspolitik wirken auf den freien Markt der Meinungen ein, ohne daß von Zensur die Rede ist.“

Keine Grenzen

In dieser Situation würden Gewerkschaftszeitungen wie METALL zur Meinungsvielfalt „und somit zur Verwirklichung von Pressefreiheit“ beitragen. Ohne Scheu sprach Loderer auch die Kritik mancher Gewerkschafter an, die die Inhalte der METALL gern enger begrenzt sähen, etwa nur auf die Tarifpolitik. Loderer dazu: „Das würde unserem Anspruch der umfassenden Pressevertretung der Arbeitnehmer nicht gerecht werden. Es gibt kaum ein politisches Gebiet, von dem nicht Wirkungen auf die Lebenssituation unserer Mitglieder ausgehen. Von dieser Grundposition her nimmt auch die Zeitung Stellung zu allen



Fotos: Jan Keetmann

Programm mit Spitzen

wichtigen politischen und gesellschaftlichen Fragen. Sie kann deshalb nicht neutral, wohl aber objektiv sein.“

Am Abend feierten dann die Metalller den Geburtstag ihrer METALL, eine Feier, an der alles dran war: Kabarett in vielen Variationen, mal Schlager, mal fetzige Musik und

dann wieder nachdenkliche Lieder, zusammengestellt von Alt-Kabarettmeister Sammy Drechsel: Allein die auf dem Programm ausgedruckte Besetzung war so vielversprechend; daß noch auf dem Gewerkschaftstag ein regelrechter Run auf Eintrittskarten einsetzte. Aber schließlich bekam jeder seinen Platz im geram-

melt vollen Deutschen-Museums-Saal.

Am Anfang traten Brandt, Genscher, Blüm, Schmidt, Strauß und Kohl auf. Natürlich, leibhaftig standen sie nicht auf der Bühne, aber Thomas Freitag und Mathias Richling imitierten sie so großartig, daß die Originale fast noch was davon lernen könnten. Pseudo-Schmidt mit s-spitzer Ts-zunge: „Wenn ich euch heute gratuliere, in Würde, nicht im Amt . . . muß ich sagen, ich darf sogar kostenlos Straßenbahn fahren, aber ihr seid nachtragend, ich krieg' nicht mal ein kostenloses Ehrenabonnement von euch.“ (Kriegt er seit Jahren, die Red.) Pseudo-Willy-Brandt schnarrte: „Mit Sorge sehe ich, daß viele Helmut Kohl als Birne sehen, ich kann das nicht sehen; denn eine Birne kann fallen, Kohl aber sitzt die Sachen aus . . .“ Und der alias-Kohl wollte zum Ausdruck bringen, daß wir wegen gleicher Interessen doch alle auf derselben Wellenlänge lägen: „ . . . möchte ich sagen, daß wir im Wellensalat, äh, alle das gleiche Dressing haben.“

Scharfe Zungen

Es folgten Variationen von Piano-Paul zur Melodie „Happy Birthday to you“. Verblüffend, wie dieser exzellente Pianist sich einfühlen konnte, wie Beethoven, Mozart, Bach, Schubert, Chopin, Wagner, wie Ragtime- und Pop-Musiker oder Tasten-Schnulzenkönig Clayderman METALL auf ihre Art diese Geburtstagsmelodie spielen würden.

Und wieder kündigte die futuristische Laserstrahl-Schrift auf der Bühnen-Rückwand die nächsten Künstler an: Die Münchner Lach- und Schießgesellschaft. Ein paar Kostproben aus den scharfzüngigen Sketchen: „Metall zeichnet sich durch seine Undurchsichtigkeit und durch seine Fähigkeit aus, Legierungen einzugehen, und Metall ist von unterschiedlicher Härte“ – „Das meint er aber mehr physikalisch . . .“ Zum mittlerweile bereinigten Neue-Heimat-Skandal: „Wenn sich Gewerkschafter als Kapitalisten profilieren wollen, endet das meist, wie wenn Männer Frauenklamotten anziehen – die übertreiben auch maßlos.“

„Eine böse Satire über die Flick-Affäre („ . . . und dann noch Tausende für Lahnstein, Lambsdorff, für Göring, Himmler“ – „halt, das ist doch ein ganz anderes Stück“ – „aber mit dem gleichen Konzern in der Hauptrolle“) und über den Arbeiter, dessen Frau gleich den Friseur wechselte, als er im Betriebsrat aufstieg.“

Besonders eindrucksvoll beim anschließenden Auftritt von Katja Epstein waren ihr Lied über die Weber und ihr „Sag mir, wo die Blumen sind“, das sie ohne Mikrofon sang und das so mit einer ungeheuren Glaubhaftigkeit rüberkam.



METALL-Ausstellung zum Hundertjährigen im Foyer der Münchner Bayernhalle: Jetzt auf Wanderschaft.

METALL-Fotos: Klaus Mehner

Bühne frei für Werner Schneyder. Die österreichische Kabarett-Wunderwaffe feuerte eine Salve herrlicher Sprüche ab: „Sozialpartnerschaft, das ist die Katastrophe mit vereinten Kräften – gute Zeiten jetzt für Satire? Mich kann Helmut Kohl nicht inspirieren . . . aber die Sozialdemokraten haben nun Zeit, sich wieder auf das zu besinnen, was sie wieder vergessen würden, wenn sie wieder an die Regierung kämen – Schmidt hat sich verschlissen in dem Versuch, den Sozialdemokraten zu erklären, er wäre einer, und dem Großkapital zu erklären, er wäre keiner – Man wirft der deutschen Friedensbewegung vor, sie wäre auf einem Auge blind, die Leute wissen wenigstens, daß ein anständiger Kriegsblinder auf beiden Augen blind zu sein hat.“

Rasanter Abschluß

Nach diesem quirligen Auftritt war Ruhe: Gerhard Polt stand auf der Bühne, verlegen grinsend: „Wissen's, ich soll acht Minuten reden, aber i' hob' bloß einen Text für sechs Minuten dabei.“ Polt erklärte dann in seiner unnachahmlichen bajuwarischen Art, für ihn gäbe es ja nur zwei Alternativen, „entweder Unternehmer oder Gewerkschafts-

Funktionär, des is' praktisch ein Unternehmer mit Beamtenstatus“.

Werner Schneyders Ex-Partner und „Scheibenwischer“-Kabarettist Dieter Hildebrandt sah die Probleme eines Redakteurs auf der Suche nach Themen genau: „Die Reizworte liegen ja herum wie die Tretminen.“ Zu Heiner Geißler zeigte er „alles Zutrauen, ich meine damit, ich traue ihm alles zu“. Und Strauß, der sei ja sein eigenes Bermuda-Dreieck, so schnell verändere der seinen Standort: „Daß er jetzt nicht zum IG Metall-Kongreß kam, ist nur eine Korrektur seiner Administration, die fürchtet, daß er sonst plötzlich an der Spitze der Friedensbewegung steht.“ Zu Helmut Kohls Dauer-Lächeln: „Ich glaub', das hat der sich justieren lassen; wollte man kalauern, könnte man ihn Grienkohl nennen . . . jaja der Kohl, erst sagt er, die Deutschen müssen wieder viel mehr arbeiten – und jetzt überlegt er, was und wo.“

Zum rasanten Abschluß fegte die schwarze Sängerin Joan Orleans über die Bühne. Nach einigen schnellen Pop-Songs schloß sie mit dem berühmten Solidaritäts-Lied „We shall overcome“, das sie mit so bewegter und gewaltiger Stimme sang, daß es jedem unter die Haut ging.

Übrigens, der Kongreß tanzte doch auf diesem gelungenen Abend: Bei einem ihrer schnellen Lieder nahm sich Joan Orleans kurzfristig einen Kollegen aus der fünften Reihe zum Tanzpartner. Er machte seine Sache prima.



Handdruckpresse in der Ausstellung: Ständig umlagert

Auch in der schwarzen Kunst erwiesen sich die Metaller als große Meister: Die alte Boston-Tiegel-Handdruckpresse, die zur 100-Jahr-Ausstellung der METALL-Zeitung gehört, war auf dem Gewerkschaftstag ständig umlagert. Mit der Presse konnte jeder selbst das Titelblatt der ersten Ausgabe der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 15. 9. 1883 in Postkartengröße drucken.

Überhaupt fand die Ausstellung (Titel: METALL – Hundert Jahre im Wort) größtes Interesse bei allen Gewerkschaftstag-Teilnehmern. Auf 120 Quadratmetern informierten im Foyer der Bayernhalle lebhaft aufgemachte Stellwände über das Engagement der METALL-Zeitung für die Arbeitnehmer damals und heute. Themen und Zeiten im Spiegel von METALL; METALL: Bekämpft und kämpferisch seit 100 Jahren; 100 Jahre und kein bißchen leise; METALL und seine Gegner; METALL 1983: Ein Magazin für Arbeitnehmer – unter Titelzeilen wie diesen sind die Stellwände gruppenweise geordnet. Eugen Loderer empfahl in seiner Rede zu „100 Jahre METALL“ ausdrücklich, man solle die Ausstellung ansehen. Aber das hatten ohnehin schon fast alle getan. Die METALL-Ausstellung geht jetzt auf Wanderschaft: Erst nach Nürnberg (bis 28. 10.), dann nach Stuttgart, Berlin und in weitere Städte.

Alle Delegierten bekamen auf dem Gewerkschaftstag je ein Exemplar des METALL-Jubiläumsbuches „100 Jahre im Wort“ ausgehändigt. Nachdem sie die Bücher durchgesehen hatten, hagelte es bei der METALL-Redaktion Nachbestellungen.

Stefan Esser

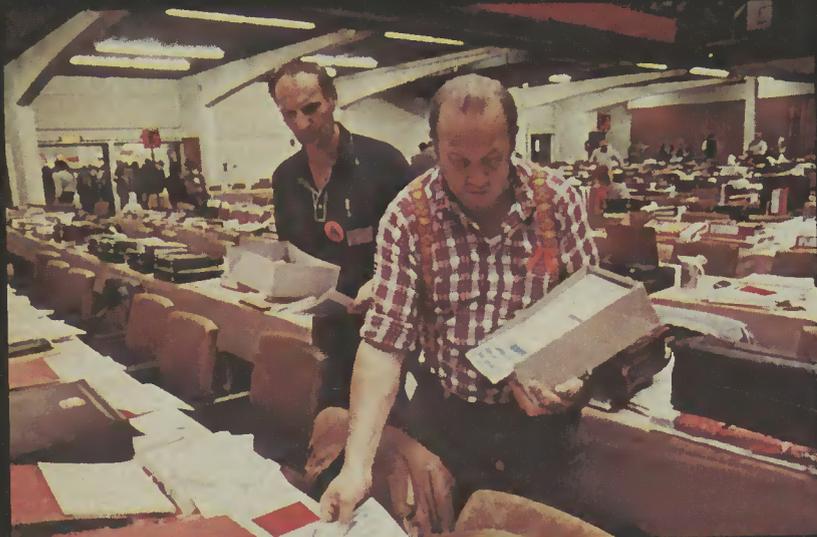
14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall



Bei der Beratung der Entschließungen und Antrege mußten die Delegierten eine Menge Papier bewältigen (Foto oben). Zu besonderer Ehre kam die Plastiktüte mit der 35-Stunden-Sonne bei einer Putzfrau: Sie nutzte sie nicht etwa als Mllsack, sondern als Behältnis für ihre persönlichen Dinge (Foto unten links). Daß der Gewerkschaftstag in der Hauptstadt Bayerns stattfand, war unverkennbar (Foto unten rechts).



Der Kongreß



Morgens wurde im Konferenzsaal verteilt, was nachts von den „guten Geistern“ hinter den Kulissen erarbeitet worden war.



Journalisten belagerten täglich die Presse-Telefone, um ihre Berichte vom Gewerkschaftstag an die Redaktionen durchzugeben.



Großer Andrang herrschte, als das METALL-Buch „100 Jahre im Wort“ an die Delegierten und Gäste ausgegeben wurde (Foto oben). Nicht nur die Delegierten, auch das Fernsehen beobachtete das Geschehen an allen Konferenztagen mit großer Aufmerksamkeit (Foto unten links). Mit sichtlicher Erleichterung, aber auch mit Wehmut verabschiedete sich Eugen Loderer aus seinem Amt als 1. Vorsitzender der IG Metall.



3 in Bildern



„Inntig ging es nach der feierlichen Eröffnung des Gewerkschaftstages beim Empfang der Ortsverwaltung München im Löwenbräu zu.“



„Brüder zur Sonne zur Freiheit“ hieß es zum Abschluß in München. Zur Fortsetzung treffen die Delegierten bald wieder zusammen.



METALL-Fotos: Klaus Mehner

Gegen soziale Ungerechtigkeit

1. Allgemeine Gewerkschaftspolitik – Recht auf Arbeit

Die Entschliessung bekräftigt erneut die Entschlossenheit der IG Metall, mit allen verfügbaren Mitteln das Recht auf Arbeit durchzusetzen. Die Delegierten protestieren mit Entschiedenheit gegen die konservative Wirtschaftspolitik, „die bei beschäftigungspolitischer Inaktivität gleichzeitig Arbeitslosigkeit und zunehmende soziale Ungerechtigkeit hervorruft“.

Darüber hinaus verurteilt der Gewerkschaftstag das krasse Mißverhältnis zwischen militärischen Anstrengungen und der sozialen Entwicklung. Er fördert alle Verantwortlichen auf, dieses Verhältnis zugunsten der sozial- und beschäftigungspolitischen Aktivitäten zu ändern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, „ihrer Verpflichtung aus dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes nachzukommen“.

Betont wird das Prinzip der Einheitsgewerkschaft als unverzichtbare Grundlage für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Bekräftigt wird in Entschliessung 1 die Forderung nach einem konsequenten Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.

In einem Antrag beauftragt der Gewerkschaftstag den Vorstand, bis Ende 1984 einen Report „IG Metall 2000“ auszuarbeiten und vorzulegen. Darin sollen die wesentlichen sozialen und politischen Entwicklungslinien und ihre Bedeutung für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften aufgezeigt werden, die sich für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte abzeichnen. Der Vorstand wird weiter beauftragt, auf der Grundlage dieses Reports und unter Auswertung der Diskussion einen Bericht vorzulegen und ein Aktionsprogramm zu erarbeiten.

In einem weiteren Antrag wird der Ausbau demokratischer Rechte unter anderem durch das Verbot der

Aussperrung gefordert. Gefordert wird weiter, mit dem Abbau demokratischer Rechte Schluß zu machen, zum Beispiel durch die Garantie für eine freie politische Meinungsäußerung besonders in den

Betrieben und Verwaltungen. Schluß soll auch mit dem Mißbrauch von demokratischen Rechten gemacht werden, unter anderem durch ein Verbot aller rechtsradikalen Vereinigungen und Parteien.



Geburtstag auf dem Gewerkschaftstag: Blumen als Glückwunsch

2. Menschen- und Gewerkschaftsrechte

„Wir müssen feststellen, daß weltweit die Menschen- und Gewerkschaftsrechte zunehmend eingeschränkt werden“, heißt es in der EntschlieÙung 2. Der Gewerkschaftstag prangert jede Form von Folter, Einschränkung der Freizügigkeit, Ausbürgerung, Diskriminierung aus politischen und religiösen Gründen wie auch die Unterdrückung der Meinungs- und Informationsfreiheit an. Die IG Metall wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß den Menschenrechten Achtung verschafft wird.

In einem Antrag wird die türkische Militärjunta verurteilt. Mit einem weiteren Antrag fordert der Gewerkschaftstag von der Bundesregierung u. a. die Ausweisung der Führer der „Türk-Föderation“ aus der Bundesrepublik und die Verweigerung von Wirtschafts- und Militärhilfe so lange, bis das Land zu einer wirklichen Demokratie zurückgekehrt ist.

3. Frieden, Entspannung und Abrüstung

Der Gewerkschaftstag fordert alle politischen Kräfte in unserem Lande mit Nachdruck auf, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen. „Die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen durch die Drohung mit Massenvernichtung ist unglaublich, denn die Anhäufung immer größerer Vernichtungspotentiale führt nicht zu mehr Sicherheit; im Gegenteil, die Gefahr der Selbstvernichtung der Menschheit wird dadurch ständig weiter erhöht. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzung wird zusätzlich dadurch vergrößert, daß neue Waffentechnologien und darauf aufbauende Militärstrategien begrenzte atomare Kriege scheinbar möglich werden lassen.“

An die Vereinigten Staaten und an die Sowjetunion ergeht die Aufforderung, die Genfer Verhandlungen ernsthaft und zügig zu Ende zu führen. Beide Großmächte müÙten gedrängt werden, „Lösungen zu finden, die eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ausschließen und in der Folge zum Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art führen“. Weiter fordert der Gewerkschaftstag „die beiderseitig kontrollierte Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa“ und wendet sich gegen die im sogenannten Doppelbeschluß der Nato enthaltene „Nachrüstungsautomatik“. „Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der BRD verstößt gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes und muß verhindert werden.“

Gleichzeitig fordert der Gewerkschaftstag die Sowjetunion, England

und Frankreich auf, die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und die bereits stationierten abzubauen.

Nach einer kontroversen Diskussion mit 38 Wortmeldungen über einen Ergänzungsantrag, der den Vorstand verpflichten sollte, bei Stationierung von Mittelstreckenraketen die Mitglieder zur Durchführung „gewerkschaftlicher Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegung gemäß § 2 unserer Satzung“ (Generalstreik) aufzufordern, wurde vom Gewerkschaftstag folgende Passage in die EntschlieÙung 3 aufgenommen: „Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IG Metall in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zu Arbeitsniederlegung gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen.“

Weitere Bestandteile der EntschlieÙung 3 sind:

- Die Aufforderung an die Bundesregierung, „ihre vom Grundgesetz übertragenen Aufgaben selbst wahrzunehmen, die Stationierung dieser Waffen zu verhindern und schon gelagerte vom Boden der Bundesrepublik entfernen zu lassen“.

- Die Aufforderung an die Bundesregierung, „den Verteidigungshaushalt entsprechend den Beschlüssen der UNO um jeweils zehn Prozent zu senken, eine Ausweitung der Rüstungsexporte nicht zuzulassen und die Waffenexporte in Länder der Dritten Welt weiter einzuschränken.“

- Der DGB und die Einzelgewerkschaften müssen eine wesentlich aktivere Rolle in der Friedensbewegung übernehmen.

Die zahlreichen Einzelanträge zur EntschlieÙung 3 werden von den Delegierten fast ausnahmslos als mit dieser EntschlieÙung erledigt betrachtet bzw. als Material an den Vorstand weitergegeben. Angenommen wird der Einzelantrag „Keine Frauen in die Bundeswehr“, mit dem der Vorstand aufgefordert wird, bei der Bundesregierung gegen alle Maßnahmen zur Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr weiterhin aktiv zu bleiben.

4. Gewerkschafts- und Arbeitskampfrecht

Der Gewerkschaftstag bekräftigt die Forderungen der EntschlieÙung 4 des vorigen Gewerkschaftstages zum Schutz der gewerkschaftlichen Freiheit: „Umfassende Sicherung der gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit, insbesondere des Streikrechts; aktiver Kampf gegen die Aussperrung mit dem Ziel des Verbots; Unantastbarkeit der Autonomie der Gewerkschaften.“ Er wendet sich gegen die Versteuerung der Streikunterstützung und fordert den



Kaffeetrinken während der Beratungen: Keine Zeit für Pausen



Anspannung bei den Delegierten: Den Redner im Auge behalten

Gesetzgeber auf, diese Begünstigung der Arbeitgeber im Arbeitskampf zu korrigieren.

Der Gewerkschaftstag erwartet, „daß sich das Bundesarbeitsgericht in den Verfahren um die Zulässigkeit gewerkschaftlicher Warnstreiks den Erwartungen der Arbeitgeber widersetzt, unverzichtbare Grundpositionen eines freiheitlichen Arbeitskampfrechts aufzugeben“. Er verurteilt alle Versuche, die Schutzfunktion des Tarifvertrages anzugreifen.

Der Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, die Streikrücklagen zu erhöhen und dazu alle finanziellen Möglichkeiten der Organisation auszuschöpfen.

Er wendet sich gegen eine Verschärfung des Demonstrationsrechts sowie gegen Kostenübernahme eventueller Polizeieinsätze durch Demonstranten und verurteilt die von Länderregierungen geplante Einführung und den Einsatz von Gummigeschossen, CN- und CS-Gas, Schußwaffen und anderer Waffen gegen Demonstranten. Er beauf-

tragt den Vorstand, für die Aufhebung der Vollstreckungskostenordnung des baden-württembergischen Innenministeriums vom 29. November 1982 einzutreten.

5. Mitbestimmung

Der Gewerkschaftstag bekräftigt die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb, in Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft. Er begrüßt den vom DGB vorgelegten aktualisierten Gesetzentwurf über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen und Großkonzernen. „Unabhängig davon gilt es, die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen im Betrieb zu wahren und weiterzuentwickeln.“ Insbesondere sind „die Informations-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte zu stärken, die Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte zu erweitern, die Gewerkschaftsrechte im Betrieb auszubauen und die Ein-

heitlichkeit der Arbeitnehmervertretungen zu sichern“.

„Die Unternehmensmitbestimmung bedarf der Ergänzung durch eine Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich“, heißt es in der Entschließung 5, die auch eine genaue Überwachung der Einhaltung der Abführungsregelungen für gewerkschaftliche Mitbestimmungsmandatsträger verlangt und den Vorstand auffordert, sich für eine DGB-einheitliche Praxis der Abführungsregelungen einzusetzen.

In Einzelanträgen wird der Vorstand unter anderem aufgefordert, „Übereinstimmung mit den betrieblichen sowie den örtlichen Gewerkschaftsgremien herzustellen, bevor er sein offizielles Vorschlagsrecht von Arbeitnehmervertretern von Gewerkschaften für den Aufsichtsrat ausübt“. Alle IG-Metaller, die als Arbeitnehmervertreter einem Aufsichtsrat angehören, „haben über die erhaltenen und korrekt abgeführten Tantiemen jährlich Rechnung abzulegen“. Die Namen derjenigen, die ordnungsgemäß abgeführt haben, sollen jährlich in METALL veröffentlicht werden; ebenso die Namen derjenigen, die nicht oder nicht ordnungsgemäß abgeführt haben. „Mitglieder, die sich nicht an die Abführungsbestimmungen halten, verhalten sich gewerkschaftsschädigend.“

6. Finanz- und Steuerpolitik

„Eine Wirtschaftspolitik, die den Interessen der arbeitenden Menschen dient, ist ohne beschäftigungssichernde staatliche Finanzpolitik nicht denkbar.“ Die Vernichtung von Arbeitsplätzen steht im krassen Gegensatz zum Sozialstaatsprinzip. Aktueller Vorrang für eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik kommt der Forderung des DGB nach einem Beschäftigungsprogramm zu. Das entscheidende Hemmnis ist nicht fehlende Finanzierbarkeit, sondern die ideologisch bedingte Verweigerung von Politikern.

Der Gewerkschaftstag fordert unter anderem die spürbar erweiterte Besteuerung von Spekulationsgeschäften; Umgestaltung des Paragraph 7b Einkommensteuergesetz nach sozialen Gesichtspunkten; Abschaffung des Bauherrenmodells; eine sozial gestaffelte Neuregelung des Kindergelds; konsequente Bekämpfung der Flucht von Unternehmen in Rechtsformen, die die Haftung und Eigenkapitalausstattung eines Produktionsbetriebes auf nahezu Null senken; konsequente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. „Das Prinzip der steuerlichen Gerechtigkeit, aber auch die Dringlichkeit einer Stabilisierung der Massenkaufkraft machen steuerpolitische Korrekturen im Interesse der

Arbeitnehmer, vor allem zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten erforderlich.“

7. Wirtschaftspolitik

„Die zentrale Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik in der Gegenwart und in der absehbaren Zukunft ist der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit.“ Die drohende Zuspitzung der Beschäftigungskrise im Verlauf der 80er Jahre ist durch rückläufige Wachstumsraten bei beschleunigter Ausbreitung neuer Technologien und der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung vorgezeichnet.

Die kapitalorientierte Wirtschaftspolitik ist untauglich zur Wiedergewinnung beziehungsweise Sicherung von ökonomischer und politischer Stabilität. Sie läuft vielmehr ausschließlich auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch Disziplinierung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften sowie Stärkung der Unternehmermacht hinaus.

Die Ausrichtung der Produktion und Investitionen am einzelwirtschaftlichen Gewinn führt zu verschärften Rationalisierungsprozessen auf betrieblicher Ebene, zur Entstehung von Überkapazitäten und zum Brachliegen von Kapital auf Branchenebene und zu drastisch steigender Arbeitslosigkeit. Der Gewerkschaftstag fordert unter anderem ein umfassendes Programm für Zukunftsinvestitionen bei Bund, Ländern und Gemeinden und die Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung durch gesellschaftliche Strukturreformen im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms. Er unterstreicht insbesondere die Aktualität der Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik.

8. Umwelt- und Energiepolitik

Der Gewerkschaftstag fordert die Bundesregierung auf, angesichts der ökologischen Krise in den Industrieländern der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage einen eindeutigen politischen Vorrang einzuräumen. Er fordert insbesondere: Verbesserung der Informationen über den Stand der Umweltbelastung, ihre Quellen, deren Zusammenwirken, die Auswirkungen der Gefahren für den Menschen, die gegenwärtige Situation und die zukünftige Entwicklung; Vorlage eines umfassenden Katalogs verbindlicher Umweltstandards; Sofortmaßnahmen zur Verminderung der auftretenden Belastungen im Arbeits- und Wohnumfeld; Vorbeugung gegen



Abstimmung: Die Delegierten waren voll konzentriert

Strauß hat gekniffen

Bayerns CSU-Ministerpräsident Franz Josef Strauß redete zwar nicht auf dem Gewerkschaftstag, machte aber immerhin von sich reden. Strauß war von der IG Metall ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen worden. Die CSU schlug daher wahre Saltos, um immer wieder neue Begründungen für Strauß' Fernbleiben aufzutischen.

Tatsache ist – Eugen Loderer stellte dies offiziell klar –, daß die IG Metall Strauß bereits am 28. März eingeladen hat und daß CSU-Generalsekretär Wiesheu sich bei Loderer am 22. April für den Brief ausdrücklich im Namen von Strauß bedankte. Weiter hieß es im Wiesheu-Brief: „Das Grußwort der CSU an den Kongreß wird im Laufe der Kongreßwoche der Vorsitzende der CSU, Herr Ministerpräsident Dr. h.c. Franz Josef Strauß, sprechen.“ Per Telefonat wurde dann zwischen Loderers Sekretärin und einem zuständigen CSU-Herrn der Termin für Dienstag, den 11. Oktober, 15 Uhr verabredet.

Strauß nahm zu diesem Zeitpunkt am Requiem für die Bayern-Herzogin teil, am Morgen hatte er eine normale Kabinettsitzung geleitet. Statt seiner kam Bayerns

Arbeitsminister Fritz Pirkel zum Gewerkschaftstag.

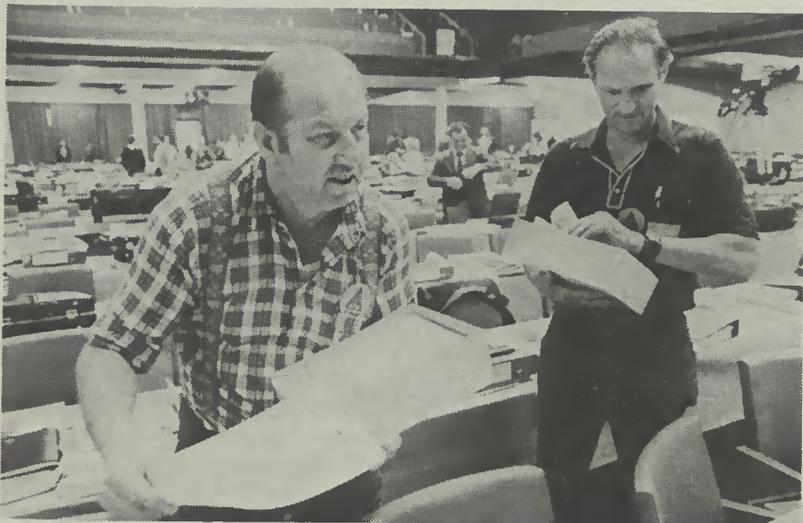
Die Bayerische Staatskanzlei fabulierte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“ zu dem Vorfall: „Strauß hat gar keine Einladung gesehen, wußte nichts davon und hat auch nicht abgesagt.“ CSU-Sprecher Godel Rosenberg zur „Münchener Abendzeitung“: „So kurzfristig war der Terminkalender des Ministerpräsidenten nicht mehr umzustößen.“

Einen Tag später war endlich noch eine Version gefunden. Da teilte die Staatskanzlei nun plötzlich mit, Strauß sei nicht gekommen, weil die Bayerische Staatsregierung es als Affront empfunden hatte, daß am Eröffnungstag des Kongresses kein Grußwort der Staatsregierung vorgesehen war. Die Staatskanzlei übersah dabei geflissentlich, daß bei den Eröffnungen von Gewerkschaftstagen noch nie ein Grußwort eines Vertreters der jeweiligen Landesregierung vorgesehen war.

Aber Straußens Staatskanzlei hatte ja noch eine Begründung parat: Nämlich die „feindliche Atmosphäre“ gegenüber CDU-Mann Blüm und CSU-Mann Pirkel. Kniff der sonst so wortgewaltige Strauß gar vor den Metallern, weil er nicht unbedingt mit rauschendem Beifall rechnen konnte?



Mitglieder der Antragsberatungskommission: Vergleich des Ablaufs



Pause im Kongreßsaal: Helfer verteilen Unterlagen



Aufmerksame Teilnehmer: Blick in den Tagungsordner

Umwelt- und Gesundheitsschäden und dazu umgehende Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen; Investitionen in Bereichen umweltschonender, energie- und rohstoffsparender Produktionsverfahren und eine Umgestaltung des Umweltrechts, die nicht rückgängig zu machende Schädigungen von Gesundheit und Natur ausschließt.

Der Gewerkschaftstag fordert eine Umstrukturierung des Energieversorgungssystems mit dem Ziel, unnötige Energieverluste auf allen Ebenen zu vermeiden und erneuerbare Energieträger verstärkt einzusetzen und bestehende Umweltprobleme beim Einsatz fossiler Energieträger unverzüglich und konsequent anzugehen.

9. Neue Informations- und Kommunikationstechniken

„Die Verkabelung der Bundesrepublik Deutschland macht das Orwell'sche Zeitalter möglich. Lebens- und Arbeitsbeziehungen lassen sich über neue und über bereits bestehende Kommunikationsnetze regeln. Computerprogramme bestimmen, wer wann, mit wem, wie lange, warum und wie kommuniziert. Die ‚Unterhaltung‘ mit dem Computer und nicht das Gespräch mit dem Arbeitskollegen bestimmen die Arbeitssituation.“ Der Gewerkschaftstag weist auf die elektronische Heimarbeit hin, die soziale Bindungen zerstört und betriebliche und gesellschaftliche Interessenvertretung nahezu unmöglich macht.

Der Gewerkschaftstag fordert unter anderem: Vor weiterem Ausbau der neuen Technologien müssen die sozialen Folgen sichtbar gemacht werden. Zusätzliche Medienangebote über Bildschirmtext dürfen nur eingeführt werden, wenn öffentliche Kontrolle sichergestellt ist. Die bundesweite Verkabelung ist zunächst zu stoppen. Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem darf nicht zerschlagen werden. Private Fernseh- und Rundfunkprogramme sind abzulehnen.

Der Gewerkschaftstag fordert ein gesetzliches Verbot der elektronischen Heimarbeit. Der Einsatz von Computertechnologien als Kontrollsystem über Arbeitnehmer und Bürger ist zu verbieten.

10. Rationalisierung und technischer Wandel

Die anhaltende Wirtschaftskrise verschärft die Rationalisierung, bei der Unternehmen verstärkt neue Technologien einsetzen. Auf Mikroelektronik aufbauende Technologien ermöglichen im Prinzip eine menschengerechtere Gestaltung von Arbeit und Technik. Diese Chancen werden vertan. Der technologische Wandel vernichtet weitaus mehr Arbeitsplätze als durch Herstellung neuer Technologien geschaffen werden. Qualifikationen, Einkommen und Gesundheit sind bedroht. Psychisch-nervliche Belastungen und soziale Isolation nehmen zu.

Der Gewerkschaftstag tritt gegen alle Maßnahmen von Rationalisierung und technischem Wandel ein, die nicht den Maßstäben einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitswelt sowie sozialen Gesichtspunkten entsprechen. Dabei werden die Bestimmungen des Grundgesetzes über die Würde des Menschen, die Entfaltung der Persönlichkeit, Freiheit und körperliche Unversehrtheit, freie Meinungsäußerung sowie die Gleichbehandlung vor dem Gesetz Maßstab sein.

Dazu sind Kriterien zu entwickeln und vorzugeben, die es Vertrauensleuten und Betriebsräten und der Organisation insgesamt ermöglichen, die Auseinandersetzungen offensiv zu führen. Die Beratungs- und Bildungsarbeit ist dazu zu verstärken.

11. Technologie- und Humanisierungspolitik

Die Rahmenbedingungen der Modernisierungspolitik haben sich geändert. Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik ist heute eingebunden in eine einseitige kapitalorientierte Wirtschaftspolitik, die ausschließlich über die Förderung privatrechtlicher Investitionen Produktivitätssteigerungen und Wirtschaftswachstum erreichen will, während die Arbeitnehmer mit Arbeitslosigkeit, Reallohninbußen, sinkender Arbeits- und Lebensqualität den Preis dafür zu zahlen haben. Das Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“ wird durch Mittelkürzungen und „produktivitäts-

Solidarität mit Franz Alt

Der Gewerkschaftstag verurteilt einstimmig die Maßnahme des Südwestfunks, dem Moderator der Sendung „Report“, Franz Alt, bis auf weiteres die Moderation der Sendung aus der Hand zu nehmen. Franz Alt, der durch sein Buch „Frieden ist machbar“ als Gegner des Nato-Doppelbeschlusses bekannt geworden ist, soll damit mundtot gemacht werden, während die Befürworter der Raketenstationierung vor Mikrofon und Kamera ihre Meinung weiterhin deutlich machen können. Der Gewerkschaftstag fordert die sofortige Rücknahme des Moderationsverbots und versichert Franz Alt seiner Solidarität (siehe auch Bericht auf Seite 6).

orientierte“ Schwerpunktsetzung inhaltlich ausgehöhlt. Angesichts dieser Entwicklung ist eine weitere Beteiligung der IG Metall an der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik in Frage gestellt.

Der Gewerkschaftstag fordert unter anderem ein technologiepolitisches Forum zur Beratung; Technologiefolgeabschätzungen vor jeder Auflage eines neuen Förderungsprogramms; sozial kontrollierte Förderung unter Beteiligung der Gewerkschaften und Ausbau und Weiterentwicklung des Forschungsprogramms „Humanisierung des Ar-

14. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall: Entschließungen und Anträge (3)

beitslebens“ nach Inhalt und Umfang. Information und Mitbestimmung des Betriebsrats muß Voraussetzung jeder öffentlichen Förderung geplanter Projekte sein.

12. Tarifpolitik

Die IG Metall konnte die von den Arbeitgebern gewollte Alternative, zu kapitulieren oder zu streiken, abwehren und ihre tarifpolitische Handlungsfähigkeit auch unter Krisenbedingungen wahren. Sie wird weiter aktive Tarifpolitik betreiben. Die Tarifpolitik soll die Erhaltung und Erhöhung der Realeinkommen, die Verkürzung der Arbeitszeit, den Ausbau der Mitbestimmung über Arbeits- und Leistungsbedingungen im Betrieb, die menschengerechte Gestaltung der Arbeit und tarifvertragliche Regelungen zum Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit verwirklichen.

Der Gewerkschaftstag fordert dazu auch die Sicherung und Verbesserung von Eingruppierung und Qualifikationsniveau sowie die stärkere Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch Sockel- oder Mindestforderungen im Rahmen der jährlichen Tariffbewegung.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit fordert die IG Metall die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, weitere Verkürzungen der Lebens-, Jahres-, Wochen- und Tagesarbeitszeit sowie Einschränkung und Begrenzung der Mehrarbeit und Verwirklichung eines Freizeitausgleichs für unvermeidbare Mehrarbeit.

Sie fordert die Sicherstellung einer besseren Einflußnahme auf die Arbeits- und Leistungsbedingungen und dazu unter anderem, daß der

Grundsatz gelten müsse, daß die Arbeits- und Leistungsbedingungen biologisch, sozial und sittlich zumutbar und für den Betroffenen akzeptabel sein müssen.

Nur wenn jede Tarifaufeinandersetzung mit den Betroffenen geführt wird, und nicht nur für sie, wird es möglich sein, Erfolge zu erringen. Dazu gehört auch, Mitglieder und Funktionäre an der Meinungsbildung vom Aufstellen der Forderungen bis hin zum Tarifabschluß zu beteiligen. Werden in einem oder mehreren Tarifbezirken Verhandlungen geführt, so sind die Tarifinformationen (METALL-Nachrichten) aus diesem Tarifbezirk zur Information an alle Verwaltungsstellen der IG Metall zu senden.

Der Gewerkschaftstag beschließt zur Tarifpolitik außerdem eine Reihe Anträge zu verschiedenen Einzelthemen.

Eine Festlegung auf die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche in Form des 7-Stunden-Tages unter allen Umständen wird vom Gewerkschaftstag abgelehnt.

13. Betriebsrätearbeit

Der Grundwiderspruch von Kapital und Arbeit wird deutlicher denn je durch das ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Verhalten der Arbeitgeber. Sie entwickeln immer neue Strategien, um die Handlungsbedingungen für Betriebsräte zu erschweren. Dazu gehören eine restriktive Auslegung von Betriebsrats- und Gewerkschaftsrechten; Schaffung von vollendeten Tatsachen im Betrieb ohne Rücksicht auf die Rechtslage; verspätete oder verweigernde Information, um die Handlungsfähigkeit der Betriebsräte einzuschränken; Verlagerung von Entscheidungen auf die Ebene der Gesamt- beziehungsweise Konzernbetriebsräte, für die grundsätzlich die einzelnen Betriebsräte zuständig sind; unternehmensrechtliche Manipulationen wie Betriebsaufspaltungen.

Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß diese Versuche der Arbeitgeber von der Tendenz der Rechtsprechung unterstützt werden und fordert alle Betriebsräte auf, das Betriebsverfassungsgesetz offensiv und konsequent zu nutzen und die politische Kraft der Belegschaft durch die Unterstützung der Vertrauensleutearbeit zu stärken.

14. Vertrauensleutearbeit

Der Gewerkschaftstag unterstreicht die Forderungen der 11. Konferenz für Vertrauensleute der IG Metall und der 1982 durchgeführten bezirklichen Vertrauensleute-



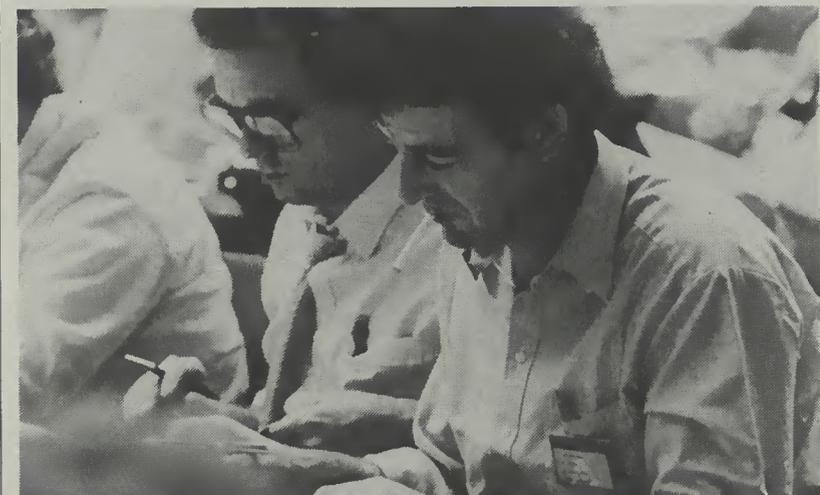
MAN-Kollegen auf dem Gewerkschaftstag: Protest gegen Entlassungen



Spendenstand für HDW-Hamburg: Aufruf zur Solidarität



Delegierte beim Gewerkschaftstag: Trotz Gipsbein dabei



Delegierte bei der Arbeit: Gespannte Aufmerksamkeit

Gegen Maßregelung von Betriebsräten

Der Gewerkschaftstag verurteilt das Vorgehen des Hapag-Lloyd-Vorstandes gegen Besatzungsmitglieder der „Alemania-Express“ und Mitglieder des See-Betriebsrates wegen der Unterzeichnung eines Friedensaufrufes. Der Gewerkschaftstag fordert die sofortige Rücknahme der Kündigung des Kapitäns der „Alemania-Express“, die sofortige Rücknahme der beim Arbeitsgericht beantragten Entlassung der See-Betriebsratsmitglieder, den Verzicht auf weitere Maßregelungen der anderen Unterzeichner des Friedensaufrufes und die Gewährleistung freier Meinungsäußerung von Arbeitnehmern ohne Maulkorb von den Unternehmern.



Die Delegierten stimmen ab: Nur 15 von insgesamt 29 Entschliefungen konnten abschließend beraten werden

METALL-Fotos: Klaus Mehner

konferenzen. Die gewerkschaftliche Organisation muß im Betrieb so verankert sein, daß kein Arbeitgeber es wagen kann, gewerkschaftliche Betriebsarbeit zu behindern. Diese Voraussetzungen zu schaffen, ist unsere Aufgabe.

Die Arbeit des Vertrauenskörpers muß zielgerichtet und für die Mitglieder der IG Metall nachvollziehbar sein. Informationszurückhaltung von Funktionsträgern isoliert diese gegenüber der Belegschaft, schadet dem Demokratieverständnis, behindert die Selbstdarstellung der IG Metall und die Handlungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb. Nur wer an den Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt ist, ist auch in der Lage, Mehrheitsbeschlüsse überzeugend zu vertreten.

Der Gewerkschaftstag fordert alle Funktionäre auf, angesichts der rückläufigen Mitgliederzahlen aufgrund der hohen Arbeitsplatzverluste und Massenentlassungen verstärkt neue Mitglieder zu werben.

15. Sozialpolitik

Es wird immer deutlicher, daß die abhängig Beschäftigten als Opfer einer kapitalorientierten Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik bewußt und vorsätzlich von der amtierenden Bundesregierung durch die Politik des Umverteils von unten nach oben in doppelter Weise geschädigt und haftbar gemacht werden. Der Gewerkschaftstag fordert den Bundestag auf, die unsoziale Politik zu beenden. Die Veränderun-

gen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind kein Naturgesetz, deshalb dürfen sie nicht tatenlos hingenommen werden.

Der Gewerkschaftstag fordert unter anderem: Umsetzung des DGB-Programms zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung; Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung auf allen Organisationsebenen der Bundesanstalt für Arbeit (BA); Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen der BA durch Einführung eines Arbeitsmarktbeitrages für Selbständige; Freiberufler und Beamte; Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze; Finanzierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung durch einen von den Unternehmern zu speisenden Fonds; Verbesserung des Kündigungsschutzes und Verhinderung der Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe und anderer Leistungen der BA.

Die verschiedenen Systeme der Altersversicherung einschließlich der Zusatzversorgungssysteme müssen harmonisiert beziehungsweise zu einem Gesamtsystem der materiellen Sicherung im Alter zusammengefaßt werden, an deren Finanzierung sich alle Erwerbstätigen mit einkommens- und leistungsbezogenen Beiträgen beteiligen müssen.

Die gesetzliche Krankenversicherung muß unter Aufgabe der unsinnigen und unsolidarischen Gliederung zu einer selbstverwalteten Institution der Gesundheitssicherung umstrukturiert werden.

Der Gewerkschaftstag beschließt darüber hinaus eine Fülle sozialpolitischer Anträge zu Einzelfragen.

Anträge zur Satzung

Bei den 92 Anträgen zur Satzung wurde vor der Wahl des Vorstands mit großer Mehrheit abgelehnt, die Bezirksleiter zu Vorstandsmitgliedern zu machen und die Altersgrenze für Vorstandsmitglieder auf das 63. Lebensjahr festzusetzen.

Die meisten Diskussionsbeiträge gab es zu den zahlreichen Anträgen, Arbeitslosen den Beitritt in die IG Metall zu ermöglichen. Der Gewerkschaftstag entschied sich für einen entsprechenden Zusatz zu Paragraph 3 der Satzung, in dem die Beitrittsfrage geregelt ist. Künftig gilt, daß Arbeitslose, die vor ihrer Arbeitslosigkeit nicht Mitglied einer DGB-Gewerkschaft werden konnten, die beim Arbeitsamt gemeldet sind und nachweislich und vorrangig eine Beschäftigung im Organisationsbereich der IG Metall anstreben, der IG Metall in der Verwaltungsstelle beitreten können, in der sie wohnen. Entsprechendes gilt für Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Bildung. Damit wird eine Anwartschaft auf volle Mitgliedschaft erworben, sobald ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis im Organisationsbereich der IG Metall angetreten wird. Näheres regelt der Vorstand durch eine Richtlinie.

Zahlreiche Anträge zur Höhe der Beiträge (Paragraph 5 der Satzung), die etwa die Ein-Prozent-Regel auch auf Auszubildende ausweiten wollten oder Auf- bzw. Abrundungen bei der jährlichen Beitragsanpas-

sung in kleineren Einheiten (zum Beispiel zehn Pfennig) verlangten, wurden jeweils bei nur wenigen Gegenstimmen abgelehnt.

Für die Kassen der Ortsverwaltung ist eine neue, zusätzliche Bestimmung in die Satzung aufgenommen worden (Paragraph 14 Absatz 6), nach der das Ausleihen von Gewerkschaftsgeldern unzulässig ist.

Daneben hat es eine Reihe von Aktualisierungen gegeben. So brauchen die Bevollmächtigten, Kassierer und Angestellten der Verwaltungsstellen den Beauftragten des Vorstands nicht mehr den Markenbestand der Ortsverwaltung vorzulegen (Paragraph 14 Absatz 9). Weil es den gar nicht mehr gibt, ist die entsprechende Passage vom Gewerkschaftstag herausgestrichen worden.

Die Vertreterversammlung wird künftig nicht nur die Geschäftsberichte und Kassenberichte der Ortsverwaltung vierteljährlich entgegennehmen, sondern zusätzlich den Bericht der Revisoren (Paragraph 15 Absatz 5).

Leidenschaftlich diskutiert und entgegen der Empfehlung der Satzungsberatschungskommission angenommen wurde eine Änderung im Paragraphen 20 Ziffer 11 Absatz 3: Künftig kann auch der Ausländerausschuß der IG Metall Anträge an den Gewerkschaftstag stellen.

Die geänderte Satzung der IG Metall insgesamt wurde schließlich einstimmig vom Gewerkschaftstag angenommen. Sie tritt am 1. Januar 1984 in Kraft.

Fortsetzung
in Frankfurt

Kongreß vertagt

Die Zeit schritt unerbittlich voran. Als der Tagesordnungspunkt 9, Beratung der Satzung, abgehandelt war, zeigte die Uhr bereits auf fünf nach zwölf. Für 13 Uhr war an diesem Samstag das Ende des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages vorgesehen. Zur Beratung standen noch insgesamt 14 Entschließungen mit dazugehörigen Ergänzungsanträgen und Anträgen und jede Menge Einzelanträge an. Das war nicht mehr zu schaffen.

Der Vorstand bat um Unterbrechung zur Beratung. In einem Bus fand dann die erste Sitzung des neugewählten Vorstandes statt. Der 2. Vorsitzende Franz Steinkühler gab das Beratungsergebnis bekannt: den Beschlußvorschlag, den Gewerkschaftstag auf einen noch festzulegenden Termin in diesem Jahr zu vertagen. Die Delegierten stimmten einstimmig zu. Bekannt wurde auch, daß der nächste ordentliche Gewerkschaftstag in Hamburg sein wird.

Bevor die Teilnehmer auseinander gingen, dankte der 1. Vorsitzende Hans Mayr in einer Schlußansprache allen, von den Delegierten bis zur Gastronomie, „für ihre nicht leichte Aufgabe“. Im weiteren Verlauf seiner Schlußansprache ging Mayr auf die drei großen Schwerpunkte des Münchner Gewerkschaftstages ein: Frieden, Entspannung und Abrüstung; Strukturkrisen bei Werften und Stahl; 35-Stunden-Woche. Zu allen drei Komplexen stellte Mayr fest, daß dem Vorstand von den Delegierten eindeutige Positionen und Konzepte mit auf den Weg gegeben worden sind (siehe auch Leitartikel Seite 4). Und er nannte das Motto der nächsten Jahre: „Wir müssen uns gemeinsam wehren, sonst werden wir getrennt geschlagen.“

Den Abschluß bildete traditionsgemäß das gemeinsam gesungene Arbeiterlied „Brüder zur Sonne zur Freiheit“. Danach traten Delegierte und Gäste die Heimfahrt an. Für einen verlief sie tödlich: Otto Uhl, Leiter der Abteilung Bauwesen beim IG-Metall-Vorstand, verunglückte auf der Autobahn. Seine zwei Beifahrer, ebenfalls Gäste des Gewerkschaftstages, wurden schwer verletzt.

Der Gewerkschaftstag verabschiedete mit herzlichem Dank für ihre Arbeit den langjährigen 1. Vorsitzenden Eugen Loderer und mit Ursula Ibler sowie Georg Benz zwei weitere Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands. Die Delegierten wählten den bisherigen 2. Vorsitzenden Hans Mayr zu Eugen Loderers Nachfolger. Neuer 2. Vorsitzender wurde Franz Steinkühler, bis zu seiner Wahl Bezirksleiter in Stuttgart. Neue geschäftsführende Vorstandsmitglieder wurden außerdem Gudrun Hamacher (bisher Gewerkschaftssekretärin in der Verwaltungsstelle Dortmund) und Horst Klaus (bisher 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Nürnberg). Zu neuen ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern wählten die Delegierten Gerd Lobodda (Nürnberg) und Walter Malzkorn (Köln).

Verabschiedet

Eugen Loderer, dessen Lebensdaten METALL bereits in Nr. 19/83 veröffentlicht hat, wurde zum Abschied von seinem Nachfolger Hans Mayr ausführlich gewürdigt. Hier Auszüge aus der Abschiedsrede: Die Berufung in die Position des 1. Vorsitzenden der IG Metall bedeutete für Eugen Loderer Verpflichtung und auch Ansporn. Als ehren- und hauptamtlicher Funktionär hat er seine gewerkschaftspolitischen Qualitäten auf den verschiedenen Ebenen unter Beweis gestellt.

Von den beiden zusammengehörenden Schlüsselbegriffen Demokratie und Sozialstaatlichkeit geleitet, war und ist Eugen Loderer ein Reformpolitiker durch und durch.

In keiner Zeit wurden wir so oft von den Arbeitgebern in einen Arbeitskampf gezwungen, wie in Eugen Loderers Amtszeit als 1. Vorsitzender. In diesen Auseinandersetzungen ging es nicht nur um Lohn und Gehalt, sondern wir haben auch die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen auf die Tagesordnung gesetzt und bleibende Erfolge erzielt.

Eugen Loderer war für unsere Kolleginnen und Kollegen, aber auch für die gesamte Öffentlichkeit, ein Vorsitzender und ein Mann zum Anfassenden, einer, der die unkomplizierte, ehrliche Sprache unserer Mitglieder verstand und gesprochen hat. Wir wünschen und hoffen, daß Eugen Loderer mit uns und unserem gewerkschaftlichen Leben auch in Zukunft verbunden bleibt. Vor allem wünschen wir ihm Gesundheit und die Muße, um all das nachzuholen und zu genießen, was in einem langen verantwortungsreichen Leben zu kurz gekommen ist.



Eugen Loderer, Ursula Ibler und Georg Benz: Abschied in München

Georg Benz, 62, konnte nach Krieg, schwerer Verwundung und dadurch bedingter Arbeits- und Berufsunfähigkeit erst 1949 in seiner Heimatstadt Würzburg den gelerten Beruf des Modellschreiners wiederaufnehmen. Bald darauf erfolgte die Wahl zum Vertrauensmann der IG Metall, der er seit dem 1. Mai 1949 angehört. Er war Mitglied des Betriebsrates, wurde 1953 zum 1. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Würzburg gewählt. Drei Jahre später kam er als Bezirkssekretär zur Bezirksleitung in München. 1964 wurde er zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt.

In seiner Abschiedsrede würdigte der neue 1. Vorsitzende, Hans Mayr, insbesondere Georg Benz' Verdienste in der 20jährigen Vorstandsarbeit. Sein unverwechselbares Profil, die ihm eigene Zielstrebigkeit, Leidenschaftlichkeit und politische Dynamik machten ihn zu einem glaubwürdigen und überzeugenden Fürsprecher der jungen Generation.

Prägendes Merkmal seiner Persönlichkeit und Arbeit ist die aus den schrecklichen Erfahrungen des Nazi-Reiches und des Zweiten Weltkrieges geborene antifaschistische und antimilitaristische Grundüber-

zeugung. Die Unbestechlichkeit des politischen Denkens und die stete Bereitschaft, überzeugungsgerecht zu handeln, lassen sich über drei Jahrzehnte seiner gewerkschaftlichen Arbeit zurückverfolgen.

Ursula Ibler, 61, ist seit 1949 in der gewerkschaftlichen Arbeit aktiv. Sie war damals Vorsitzende des Ortsfrauenausschusses der IG Chemie und Vorsitzende des DGB-Kreisfrauenausschusses in Goslar. Zunächst Arbeiterin in einer Papierfabrik in Oker, wurde sie 1951 Angestellte in der Verwaltungsstelle der IG Chemie in Goslar. Drei Jahre später kam sie in gleicher Funktion und am gleichen Ort zur IG Metall. 1959 ging sie als Sachbearbeiterin zur Vorstandsverwaltung nach Frankfurt. Sie arbeitete in der Abteilung Frauen, deren Leiterin sie 1972 wurde. Im September 1977 wurde sie zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt.

Zur Würdigung ihrer Verdienste sagte Hans Mayr: Als Ursula Ibler vor gut 20 Jahren in die Vorstandsverwaltung kam, da waren in der IG Metall etwa 200000 Frauen organisiert. Heute sind es 370000. Das ist ein hervorragendes Ergebnis, an dem Ursula Ibler ihren gewichtigen Anteil hat. Hierfür gilt ihr der Dank der gesamten Organisation.



Der Kontrollausschuß

Alle Mitglieder des Kontrollausschusses wurden auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag wiedergewählt: Hermann Günkel, Herbert Brümmer, Bernhard Tyrakowski, Bonifazius Vetterle und Gerhardt Viehweger



METALL-Foto: Klaus Mehnert

Der neue Vorstand der IG Metall

Mit großer Mehrheit wurde in München Hans Mayr zum 1. Vorsitzenden der IG Metall und damit zum Nachfolger von Eugen Loderer gewählt (440 von 547 abgegebenen Stimmen). Zum 2. Vorsitzenden wählten die Delegierten den bisherigen Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler (494 von 551 Stimmen). Norbert Fischer, Hauptkassierer der IG Metall, wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt (495 von 550 Stimmen). Zu neuen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern wählte der Gewerkschaftstag Horst Klaus und Gudrun Hamacher. Wiedergewählt als geschäftsführende Vorstandsmitglieder wurden: Rudolf Judith, Hans Preiss, Karl-Heinz Janzen, Lutz Dieckerhoff, Ferdinand Koob und Hans Janßen. Unser Foto zeigt den gesamten Vorstand mitsamt den ehrenamtlichen Mitgliedern.

In neuer Funktion



Hans Mayr, 61, war nach einer kaufmännischen Lehre Industri- und Vertriebskaufmann bei der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG. 1946 floh er

aus der Kriegsgefangenschaft und begann eine Tätigkeit als Personalreferent. Im gleichen Jahr trat er in die Gewerkschaft ein. Nach einer Zeit als Prozeßbevollmächtigter beim DGB in Cuxhaven wurde Hans Mayr 1951 Vorsitzender des DGB-Kreises Göppingen. Von 1955 bis 1962 war er 1. Bevollmächtigter der IG Metall in der Verwaltungsstelle am selben Ort. Danach wurde er zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt. Seit 1972 war Hans Mayr 2. Vorsitzender der IG Metall,

in München wurde er für die nächsten drei Jahre zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Neu im Vorstand



Franz Steinkühler, 46, machte nach einer Lehre als Werkzeugmacher, nach Facharbeiterprüfung, Fachschulreife, Berufsschule und Arbeit als Werkzeugmacher eine REFA-Ausbildung, eine Meisterausbildung mit Meisterprüfung, und arbeitete dann als REFA-Mann und als Leiter der Arbeitsvorbereitung. Von Beginn der Ausbildung an war er Mitglied der IG Metall, wurde 1953 zum Vorsitzenden der Jugendvertretung gewählt, war Jugendausschußvorsitzender in der Ortsverwaltung Göppingen und

in München wurde er für die nächsten drei Jahre zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Mitglied des DGB-Ortsjugendausschusses. 1957 wurde er Vorsitzender des Ortsjugendausschusses. Von 1959 bis 1960 war Franz Steinkühler Betriebsratsvorsitzender. Von 1960 bis 1963 war er zunächst in der Verwaltungsstelle Schwäbisch Gmünd, danach in der Stuttgarter Ortsverwaltung. Er kehrte dann nach Schwäbisch Gmünd zurück, um dort für einige Monate die Geschäfte des erkrankten 1. Bevollmächtigten zu führen. Das Amt des Bezirkssekretärs bei der Bezirksleitung Stuttgart nahm er von 1963 bis 1972 wahr. Ab dem 1. November 1972 bis zu seiner Wahl zum 2. Vorsitzenden auf dem Münchner Gewerkschaftstag am 12. Oktober war er Bezirksleiter in Stuttgart.



Horst Klaus, 53, ist gelernter Maschinenschlosser und war von 1948 bis 1956 als Bohrer und Abwälzfräser in den Triumph-Werken tätig. Dort war er Vorsitzender der

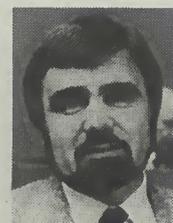
Jugendvertretung und Betriebsratsmitglied. Nach Stationen als Jugendsekretär und Bildungssachbearbeiter in der Verwaltungsstelle Nürnberg ging er 1968 als Sachbearbeiter in der Abteilung Jugend zur Vorstandsverwaltung nach Frankfurt,

deren Leiter er von 1972 bis 1973 war. Seit dem 1. Januar 1974 war er 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Nürnberg. Im selben Jahr wurde er ehrenamtliches Vorstandsmitglied. Der Gewerkschaftstag wählte ihn jetzt zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied.



Gudrun Hamacher, 37, ist mit Beginn ihrer Ausbildung als Technische Zeichnerin bei der Concordia Elektrizitäts AG in Dortmund im Jahre 1962 Mitglied der IG

Metall geworden. Nach sieben Berufsjahren als Technische Zeichnerin wurde sie 1971 zur Vertrauensfrau und 1972 zum Betriebsratsmitglied gewählt. Im selben Jahr wurde sie Gewerkschaftssekretärin in der Verwaltungsstelle Dortmund. Seit dieser Zeit ist sie Mitglied des DGB-Landesbezirks-Frauenausschusses. In der Verwaltungsstelle war sie für Frauen und Angestellte zuständig. Neben ihrem betrieblichen Betreuungsbereich war sie für die Nebenstelle Lünen zuständig. Die Delegierten des 14. Gewerkschaftstages wählten sie zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied.



Gerd Lobodda, 36, ist gelernter Büromaschinenmechaniker. Auf der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg war er als Meß- und Regeltechniker beschäftigt. In der IG

Metall ist er seit 1966. Zunächst Vertrauensmann, wurde er später Betriebsratsmitglied. Im DGB-Kreis Amberg war er Vorsitzender des Kreisjugendausschusses, außerdem war er Mitglied der Ortsverwaltung in der Verwaltungsstelle Amberg. Seit 1974 ist er Sekretär in der Verwaltungsstelle Nürnberg. Jetzt wurde er in München zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied gewählt.



Walter Malzkorn, 52, gelernter Facharbeiter in der Drahtindustrie, ist seit Mai 1955 IG-Metall-Mitglied. Im selben Jahr wurde er zum Vertrauensmann gewählt, zwei

Jahre später zum Betriebsratsmitglied, von 1962 bis 1973 war er dessen Vorsitzender. Ab 1973 arbeitete er als Sekretär in der Verwaltungsstelle Köln, nachdem er vorher für sieben Jahre Mitglied der Ortsverwaltung Düsseldorf war. 1976 wurde er 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Köln. Auf dem Münchner Gewerkschaftstag wählten ihn die Delegierten zum ehrenamtlichen Vorstandsmitglied.

Verschärfte Problemstellungen auf der einen Seite und verschlechterte politische Durchsetzungsbedingungen auf der anderen Seite bilden den Rahmen für unsere Arbeit in den kommenden Jahren:

● Die katastrophale Massenarbeitslosigkeit ist und bleibt die schwerste Belastung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

● Die ökologische Situation hat sich dramatisch verschärft.

● Der Regierungswechsel in Bonn hat nicht nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern auch die Durchsetzung anderer berechtigter Interessen der Arbeitnehmer erheblich erschwert.

● Den Ton im Arbeitgeberlager geben heute die Kräfte an, die nicht den gesellschaftlichen Interessenausgleich, sondern die gewerkschaftliche Kapitulation wollen.

● Die Krise in den Industrieländern und die Zahlungsunfähigkeit vieler Länder, vor allem in der Dritten Welt, bedingen und verschärfen sich gegenseitig.

● Der Frieden in Europa und in der Welt ist gefährdet. Mit dem gewaltigen Ansteigen der Vernichtungspotentiale wächst ganz offensichtlich nicht die politische Vernunft.

Wir müssen aus der Beschäftigungskrise herauskommen, wenn wir nicht in eine schwere gesellschaftliche Krise hineinschlittern wollen. Es geht darum, ob die Wirtschaftspolitik den Interessen des Kapitals oder der Arbeitnehmer dient. Dazwischen liegen Welten. Nicht Lohnkostensenkung, sondern Nachfragesteigerung lautet das Gebot der Stunde. Nicht die Arbeitskraft, sondern die Arbeitslosigkeit ist zu teuer. Die staatliche Sparpolitik hat den Arbeitnehmern Milliarden abgepreßt, den Unternehmern Milliarden zugeschanzt. Das ist nicht nur ein sozialer Skandal, es ist zugleich ein Anschlag auf das Sozialstaatsprinzip der Verfassung.

Sicherung und Schutz

Die Gefahr, daß wir durch eine unkontrollierte Produktion auch unsere eigenen Lebensgrundlagen zerstören, wird zunehmend größer. Wir brauchen mehr, aber besseres Wachstum. Es muß für die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für mehr Beschäftigung und mehr Lebensqualität sorgen. Die Finanzierbarkeit öffentlicher Investitionsprogramme steht außer Zweifel. Das entscheidende Hindernis ist der fehlende politische Wille. Dabei darf es nicht bleiben.

Aus sogenanntem technischem Fortschritt droht faktisch sozialer Rückschritt zu werden. Wir müssen diesen Prozeß in akzeptable Bahnen bringen. Auch deshalb, damit nicht



METALL-Foto: Klaus Mehner

Entschlossen zu Reformen

Millionen von Menschen in eine pessimistische Technikfeindlichkeit verfallen, die unübersehbare Folgen, nicht nur für die Gewerkschaften, haben kann. Die Haltung der Belegschaften gegenüber Rationalisierung und technischem Wandel ist deutlich kritischer geworden. Unser Kampf gegen die negativen Folgen muß Teil eines Gesamtkonzeptes sein, dessen Ziel vor allem die Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit für alle ist. Ich nenne die drei Elemente:

1. Wir fordern mehr und besseres Wachstum. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen.

Mehr Arbeitsplätze

2. Wir fordern wirksamen Schutz vor der Intensivierung der Arbeit und eine soziale Kontrolle des technischen Wandels. Dadurch werden die Arbeitsplätze gesichert.

3. Wir fordern die Verkürzung der Wochenarbeitszeit durch Tarifver-

trag und die Senkung der flexiblen Altersgrenze durch den Gesetzgeber. Dadurch werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts hat sich das Tempo der tariflichen Arbeitszeitverkürzung verlangsamt und gleichzeitig das Tempo des betrieblichen Beschäftigungsabbaus auf breiter Front beschleunigt. Hier muß die Wende wirklich kommen, die sonst so oft beschworen wird. Wir wollen die 35-Stunden-Woche, weil sie mehr Arbeitsplätze schafft und mehr Menschlichkeit bringt. Wir bestehen auf dem vollen Lohnausgleich aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen.

Die IG Metall weiß, daß es die 35-Stunden-Woche nicht zum Nulltarif gibt. Was für die Wochenarbeitszeitverkürzung beansprucht wird, steht für die Lohnerhöhungen nicht mehr zur Verfügung. An den zusätzlichen Kosten der Arbeitszeitverkürzung wird die deutsche Wirtschaft nicht kaputtgehen. An einer zusätzlichen

Beschäftigungslücke, an dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und ihren Folgen könnte unsere Gesellschaft zugrunde gehen.

Der entscheidende Grund für die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber ist nicht ihr ökonomisches Kosteninteresse. Der entscheidende Grund für die Blockadepolitik von Gesamtmetall ist ihr Interesse an der Aufrechterhaltung der Arbeitslosigkeit als politisches Druckmittel. Dadurch wird dies eine Auseinandersetzung um die grundsätzliche Möglichkeit, Arbeitnehmerinteressen auch in Zukunft wirksam vertreten zu können, um die Verteidigung gewerkschaftlicher Handlungsspielräume innerhalb unserer Gesellschaft. Es ist bewiesen, daß die IG Metall ihre Mitglieder auch in der Krise mobilisieren kann.

Abbau aller Raketen

Der Wert der Einheitsgewerkschaft muß sich gerade erweisen im unvermeidlichen Konflikt gegenüber der Regierung. Ich erinnere daran, wie schwer es vielen sozialdemokratischen Mitgliedern gefallen ist, Protest gegen die Politik der sozialliberalen Regierung an die Öffentlichkeit zu tragen. Aber er war aus gewerkschaftlicher Sicht unvermeidlich, und dies ist einer der Gründe, warum wir unsere Identität als Interessenvertretung der Arbeitnehmer nicht verloren haben. Heute gilt es für unsere christlich-sozialen Mitglieder, Flagge zu zeigen. Sie müssen der eigenen Partei sagen, wo das Ende der Fahnenstange ist.

Wir bekräftigen unsere Forderung: Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen. Keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa. Die Mahn-Minuten am 5. Oktober haben unterstrichen, daß unsere Kolleginnen und Kollegen den Einsatz für Frieden, Entspannung und Abrüstung ernst nehmen. Kundgebungen und Demonstrationen werden weitergehen und mit den Großkundgebungen in Hamburg, Stuttgart und Bonn einen Höhepunkt erreichen.

Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise erfordert nicht weniger, sondern mehr gesellschaftliche Reformen und soziale Gerechtigkeit. Diese Krise werden wir nur überwinden, wenn wir entschlossen bleiben zu Reformen und Veränderungen. Das ist kein bequemer Weg. Er fordert von uns Durchsetzungskraft gegenüber denjenigen, die an ihren Privilegien festhalten oder sich neue verschaffen wollen. Er fordert von uns Solidarität mit den Opfern der Krise, die man heute zu Verlierern auf Dauer abstempeln will. Wir sind eine Kampforganisation im Interesse der arbeitenden Menschen. Gemeinsam werden wir die Zukunft bewältigen mit einer starken Industriegewerkschaft Metall.